

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormalis «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2002

## UNO-Beitritt: Die Neutralität opfern?

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15  
Basel-Land: Ja zur SD-Initiative  
«für eine vernünftige Einbürgerung»  
3. März 2002  
Kanton Zürich: SD-Liste unverändert



Bernhard Hess,  
Nationalrat  
und  
Chefredaktor,  
Bern

Am 16. März 1986 hat eine Dreiviertelmehrheit des Schweizervolkes den UNO-Beitritt abgelehnt. Hauptgründe für die überwältigende Ablehnung waren der Vorwurf der ineffizienten, bürokratischen und kostspieligen Arbeit der Weltorganisation und die Gefährdung unserer Neutralität, die – im Gegensatz zu anderen sich als neutral bezeichnenden Staaten – als Ergebnis eines langen, traditionsreich gewordenen geschichtlichen Prozesses – frei gewählt – bereits 1848 zum materiellen schweizerischen Verfassungsrecht geworden ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten ist unsere Neutralität immerwährend, bündnisfrei und integral. Sie hat bereits im 17. Jahrhundert die Anerkennung einer völkerrechtlichen Sonderstellung erfahren, und anlässlich des Wiener Kongresses 1815 ist der Neutralitätsstatus ausdrücklich bestätigt und seither mehrfach völkerrechtlich garantiert worden. Sie ist gültiges Verfassungsrecht: Nach Art. 173 und 185 sind Bundesrat und Bundesversammlung verpflichtet «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz» zu treffen.

### Vernachlässigte Neutralität

Die Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität auch gegenüber internationalen Organisationen ist für Regierung und Parlament manchmal durchaus lästig gewesen. Sie ist aber stets vertreten und bis Ende der achtziger Jahre auch

ernst genommen worden. Mit dem zunehmenden Wunsch von Bundesrat und Parlamentsmehrheit, unser Land der EU, der UNO und auch der NATO anzunähern, wird an der Auslegung des Neutralitätsbegriffs herumgeschraubt, um sich dieser lästigen Fessel zu entledigen. Man sucht nach Erklärungen, die Vernachlässigung des Neutralitätsgrundsatzes rechtfertigen zu können. Daran nimmt unsere direkte Demokratie Schaden, und die in der Welt einzigartige schweizerische Volksherrschaft – unser weniger von den Regierungen als von den Völkern respektierter Sonderfall – wird auch den schlechenden Souveränitätsverlust des Volkes zugunsten fremdbestimmter internationaler Konventionen letztlich geopfert.

### Macht vor Recht

Aus den genannten Gründen muss der Beitritt der Schweiz zur politischen UNO auch dieses Mal abgelehnt werden. Im Blick darauf, dass die UNO gemäss Kapitel VII ihrer Charta von ihren Mitgliedern Zwangsmassnahmen einfordern kann, wie

- das Verhängen von Wirtschaftsanktionen,
- die Unterbrechung des Bahn-, See und Luftverkehrs, der Post- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten,
- den Abbruch der diplomatischen Beziehungen,
- das militärische Durchmarschrecht und das Zurverfügungstellen von Truppen (letzteres allerdings unter Sondereinbarung zwischen den Vertragspartnern),

erscheint es geradezu als selbstverständlich, dass wir bei ernsthaftem Festhalten an unserer Neutralität diese Vorbehalten anbringen und sie uns bestätigen lassen sollten. Die Auflagen, denen wir uns bei einem vorbehaltlosen Beitritt zu unterziehen hätten, sind mit der traditionellen schweizerischen Neutralität nicht vereinbar. Und weil eben

## Sonderspende gegen den UNO-Vollbeitritt



Erfreuliche viele SD-Mitglieder und -Freunde engagieren sich derzeit persönlich im Abstimmungskampf gegen den verhängnisvollen UNO-Vollbeitritt. Denn sie wissen:

Am 3. März 2002 geht es für unser Land um etwas ganz Entscheidendes. Der Beitritt zur politischen UNO bedeutet die Preisgabe der schweizerischen Neutralität, den Verlust unserer 200-jährigen Friedenstradition, die Unterwerfung unter das VETO-Grossmächte-Diktat und zusätzliche Zahlungen von jährlich 75 Millionen an die UNO.

### Endspurt

Noch hat es SD-Flugblätter, Aufkleber, Klein- und Weltformatplakate auf dem SD-Zentralsekretariat. Bestellen Sie deshalb (nochmals) mit dem Talon auf der letzten Seite dieser Ausgabe Werbematerial gegen die politische UNO. Auch müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Spende fliesst ganz in unseren Kampf gegen den verhängnisvollen UNO-Beitritt.

Wenn jetzt alle Patrioten zusammenstehen, und mit Engagement gegen den Beitritt zur UNO kämpfen, können wir gewinnen. Jedenfalls danken wir für Ihre ideelle und materielle Unterstützung von Herzen.

Ihre SD-Parteileitung

gemäss Artikel 5 der Bundesverfassung internationales Recht nationalem Recht vorgeht, kann die UNO auch den sich einseitig neutral erklärenden Mitgliedstaat verbindlich zum Mittragen aller auf der Grundlage der UNO-Charta beschlossenen Sanktionen zwingen.

**Im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht schafft das UNO-Recht auf der politischen Ebene für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (die Siegermächte des 2. Weltkriegs) ein Sonderrecht und setzt damit Macht vor Recht.**

Souverän im eigentlichen Sinne sind im Grunde nur noch die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und – die Nicht-Mitgliedsstaaten der UNO. Dies bedeutet eigentlich nichts anderes, als dass ein UNO-Beitritt der Schweiz eigentlich dem Unterwerfungsakt eines

Kleinstaates unter Grossmächtsprivilegien gleichkäme.

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Ein Land zumindest muss noch neutral bleiben
- 4 Bedauerlicher Entscheid des Ständerats
- 5 Tierschutz heute: Aufhebung des Schächtverbotes?
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Das Elsass brennt
- 12 Der Leser hat das Wort

## UNO-Beitritt: Die Neutralität opfern?

Fortsetzung von Seite 1

### UNO toleriert Menschenrechtsverletzungen

Zur Begründung der Notwendigkeit unseres Beitritts wird angeführt, dass mittlerweile ausser dem Vatikan und der Schweiz alle Länder Vollmitglieder der UNO seien. Abgesehen davon, dass das grosse, leistungsfähige Taiwan infolge des Vetos eines der fünf Sicherheitsratsmitglieder nicht mehr UNO-Mitglied sein darf, sollten gerade wir mit unserer traditionellen politischen Unabhängigkeit unser ausserpolitischen Handeln nicht einem psychologischen Gruppenzwang unterwerfen. Dem viel gehörten Ruf «Wir müssen in der UNO mitreden und unsere Stimme zur Geltung bringen» gilt es zu entgegnen, dass «wir» nur die Politiker, keinesfalls die Bürgerinnen und Bürger, gemeint sind und dass diese eine Stimme im Konzert von 190 ziemlich verhalten zum Tragen käme.

**Die Machtpolitik der Sicherheitsrats-Vetomächte lässt es nicht zu, dass die UNO Protest gegen Knebelung und Menschenrechtsverletzungen z. B. in Tibet und in Tschetschenien aber auch im Irak und in Afghanistan zulässt.** Dies muss im Blick auf die erwähnte euphorische Bemerkung von einer «von der Staatengemeinschaft ausgehenden höheren Gerechtigkeit» offen ausgesprochen werden, weil die in Tibet wie in Tschetschenien, im Irak wie in Afghanistan begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit den von der UNO in völligem Einklang stehen. Sie verletzen zwar Menschen- und Völkerrecht. Aber das UNO-Recht verletzen sowohl China, Russland wie auch die USA nicht, weil gewisse Grossmächte in der UNO Sonderrecht geniessen.

### Völkermord mitzuverantworten

Die Befürworter bezeichnen den Beitritt zur politischen UNO als zukunfts-trächtigen Akt und idealisieren die Völkergemeinschaft als Erfolgsmodell zur Bewahrung von Menschenrechten und weltweitem Frieden. Es ist daran zu erinnern,

dass in der überwiegenden Mehrzahl der Mitgliedsländer jene Freiheits- und Menschenrechte, die wir als grundlegend für die menschliche Würde beurteilen, mit Füßen getreten werden. Zudem sind die Aktivitäten der politischen UNO und ihrer Blauhelmtruppen nach unserem negativen Beitrittsentscheid von 1986 alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Dies zeigten die dilettantisch gehandhabten Mandate in Osttimor, in Sierra Leone, in Ruanda und Kabul sowie Srebrenica, wo die UNO Eskalation und Völkermord mitzuverantworten hatte. Wären wir dabei gewesen, Würde auch uns eine Mitschuld treffen. Völlig macht- und hilflos ist die UNO nach den Attentaten vom 11. September 2001 auch gegenüber den USA, welche aus eigenem Entscheid und völlig ohne Rücksprache mit der Weltorganisation in den Krieg gegen Afghanistan zogen. Auch die NATO hat ohne UNO-Mandat Krieg gegen Serbien geführt und im Nachgang der hilflosen Weltgemeinschaft verbrannte Erde hinterlassen.

### Unser Land ist geachtet

Die Schweiz ist im humanitären Bereich als Rotkreuz-Gründer und Führungsnation geachtet. Unser Katastrophenhilfskorps gilt als leistungsfähig und zuverlässig. Unser Land arbeitet seit Jahrzehnten in den humanitär, sozial, kulturell und wirtschaftlich tätigen Unterorganisationen der UNO aktiv und fruchtbar mit. Wir leisten dabei (im Gegensatz zu den USA, welche ihren finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der UNO nicht nachkommen) pro Kopf der Bevölkerung einen der höchsten finanziellen Beiträge, inkl. Weltbank und Währungsfonds rund eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Wir dokumentieren damit – ohne uns an Machtspielen beteiligen zu müssen – unsere Solidarität mit der Welt. Das soll ganz im Sinne der Erhaltung unserer direkt-demokratisch beeinflussten Unabhängigkeit, unserer Tradition und unserer Freiheit, der aussenpolitische Weg der Schweiz bleiben. Leisten deshalb auch Sie Überzeugungsarbeit für ein NEIN zum UNO-Vollbeitritt unseres Landes.

immerwährende, bewaffnete, bündnisfreie und integrale Neutralität verzichten und sich den Beschlüssen des Sicherheitsrates unterstellen. Einem Sicherheitsrat in dem die Siegermächte des zweiten Weltkrieges ein Vetorecht ausüben können!

### Nein zum UNO-Beitritt

## UNO: Noch einige andere Argumente

# Neutral im Sudankrieg vermitteln

Als ich neulich in den Ferien war, hatte ich nie das Gefühl in einem isolierten oder abgeschotteten Land zu leben. Ausländische Feriengäste sah man noch und noch und diese freuten sich offensichtlich, in unserem Land die Ferien zu verbringen. Wirtschaftlich gesehen geht es der Schweiz alles in allem (Ausnahmen bestätigen die Regel) ebenfalls gut. Unsere Wirtschaft steht besser da als diejenige manch anderer europäischer Länder. Deshalb verstehe ich das Werbegeflasel der UNO-Befürworter, wonach wir angeblich isoliert seien und aus wirtschaftlichen Gründen in die UNO müssten, überhaupt nicht. Die Schweiz ist weltoffen in jeder Beziehung. Aber es ist mit unseren demokratischen Grundprinzipien nicht vereinbar, der politischen UNO beizutreten in deren Sicherheitsrat einige grosse Länder (Vetorecht) mehr Rechte haben als andere Länder. Es widerspricht auch meinem moralischen Empfinden, dass die Amerikaner mit der UNO machen was sie wollen. Die USA bezahlen nicht einmal ihren

vollen UNO-Mitgliederbeitrag, den sie eigentlich müssten!

Und obendrein forderte neulich an einer UNO-Konferenz die UNO-Hochkommissarin Mary Robinson, unterstützt vom UNO-Generalsekretär: «...dass sich Europa bewusst sein muss, dass es mehr Einwanderung braucht. Ein multikulturelles Europa ist unausweichlich.» Dazu sagen wir allerdings nein danke!

Zudem muss der (meistens) Leerlauf-Konferenztourismus von Bundesräten, Diplomaten und Parlamentariern auf Kosten der Steuerzahlenden nicht noch mehr auf die Spitze getrieben werden. Übrigens: Schön, dass die Schweiz als nicht UNO-Mitglied im sudanesischen Bürgerkrieg die Vermittlerrolle übernommen hat. Neutralität und Unabhängigkeit haben sich in diesem Falle wieder einmal gelohnt. Deshalb stimme ich Nein zum UNO-Beitritt.

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

# Die UNO – haben Sie das gewusst?

Am 26. Juni 1945 in San Francisco von etwa 50 Staaten (Zusammenschluss der Siegermächte) gegründet, galt ihr Zweck der Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Dazu wurde generell ein Gewaltverzicht statuiert. Heute gibt es fast 190 UNO-Mitglieder. Nichtmitglieder sind: Vatikan, Schweiz, die Gründernation Taiwan (von China hinausgeworfen), Tibet (von China besetzt), Tschetschenien (von Russland besetzt) u. a. Auf Empfehlung des Sicherheitsrates und mit 2/3-Mehrheit der Generalversammlung können Staaten aufgenommen werden. Ein Austritt ist nicht vorgesehen.

Hauptorgane sind Generalversammlung GV und Sicherheitsrat SR, wichtig sind auch Wirtschafts- und Sozialrat, Sekretariat und Internationaler Gerichtshof. Die Kompetenzen der GV sind beschränkt, GV-Beschlüsse sind Empfehlungen. Die GV ist ein Redeforum zur Völkerverständigung, nebst Friedenssicherung sind Zusammenarbeit in der Entwicklung Menschenrechte, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Anliegen wichtig. Wichtigste Aufgabe bleibt die Wahl der nichtständigen Mit-

glieder des 15-köpfigen Sicherheitsrates, als wichtigstes UNO-Organ. Seine Beschlüsse sind bindend. Ständige Mitglieder des SR sind Russland, USA, China, Grossbritannien und Frankreich – jedem steht einzeln das Vetorecht zu – im Gegensatz zu allen anderen Staaten dieser Welt. Damit können diese fünf Grossen Rechte in Anspruch nehmen, die sonst kein einziger UNO-Staat beanspruchen darf. Die Macht des SR ist beträchtlich, solange kein Veto einge-

## Das schläckt kein Deiss weg:

Der Bundesrat hat 1981 in seiner Botschaft zum UNO-Beitritt geschrieben:

«Die militärischen Massnahmen, die der Sicherheitsrat nach Artikel 43 anordnen kann, kommen für einen neutralen Staat schon allein deswegen nicht in Betracht, weil sie mit dem Neutralitätsrecht in Widerspruch stünden»  
Heute will der Bundesrat auf die



## Vorbehalte zum UNO-Beitritt

## Ein Land zumindest muss noch neutral bleiben

Der Bundesrat möchte uns in der UNO haben. Ein Glück für uns, dass wir als einziges Land der Erde darüber abstimmen dürfen. Dies ein weiterer Beweis, dass wir ein «Sonderfall» sind. Auch das ist eine Verpflichtung.

Viel einfacher wäre es doch, Mitläufer zu sein, jeglicher Verantwortung enthoben. Aber es braucht wenigstens einen unabhängigen, neutralen Staat auf der Erde. Sind schon heute die beiden Gotthardkantone Uri und Tessin wehrlos gegen die Sachzwänge des Transitverkehrs, so wäre es unklug, die uns verbliebenen letzten Trümpfe auszuspielen, nur um eines einzigen Rednerpültleins am Hudson River.

Die Schweiz hat von jeher unspektakulär, ohne Dank und Anerkennung, viele «gute Dienste» geleistet. Als Beispiel diene der Diplomat Carl Jacob Burckhardt (1891–1974). Er betreute mehrere heikle Auslandsmissionen, so im griechisch-türkischen Krieg 1920/21, in Danzig 1937/39, als Inspektor eines Konzentrationslagers 1935, worüber ein ausführlicher Bericht vorliegt («Stimmen aus der Vergangenheit», Band II, 1966, Lehrmittelverlag Basel-Stadt).

Burckhardts Bericht widerspiegelt Nazi-Gräueltaten im Jahr 1935, also vor

Kriegsausbruch, die Zeit, welche Wolfgang Langhoff in den «Moor-soldaten» schildert («unpolitischer Tatsachenbericht», Verlag Schweizer Spiegel). Wehrlos die Opfer, unbeeindruckt die Weltöffentlichkeit. Umso mutiger verhielt sich der Schweizer Diplomat. Zug um Zug ringt er dem gewalttätigen Lagerkommandanten Zugeständnisse ab.

Er sprach mit Häftlingen unter vier Augen, stellte dem Lagerkommandanten im Fall eines inhaftierten Nobelpreisträgers ein Ultimatum von Minuten nur, die Uhr in der Hand: Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute. Sie schleppten, ja trugen den Mann herbei. Totenblass war er, mit geschwollenen Augen, eingeschlagenen Zähnen, gebrochenem Bein. «Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äussersten Grenze des Tragbaren angelangt war.» Alle Welt wusste von diesen Gräueltaten. Die Staatengemeinschaft liess Hitler gewähren. Schweizer wie Burckhardt, die davon wussten, fanden auf dieser Tribüne kein Gehör. Denn die Weltpolitik hat ihre eigenen Gesetze. Früher war es Gold, jetzt Erdöl. Und wir haben weder das eine noch das andere, nur unsere Freiheit.

Sollen wir den Grossen dieser Welt als Feigenblatt dienen? Die Schweiz tut viel für Frieden

für dringende Einsätze bereit zu halten. Die Charta kennt den Begriff Neutralität nicht, es gibt Mitglieder Nichtmitglieder und gemäss § 107 Feindstaaten...

Das sagte der Bundesrat am 22. August 2001 dazu: «...die Schweiz ist willens und fähig die Verpflichtungen aus der UNO-Charta bedingungslos einzuhalten...» Frage: Sind wir nicht bereits heute als neutraler Staat in allen UNO-Basis-Organisationen aktiv tätig? Mit beinahe 500 Mio. leisten wir den höchsten Pro-Kopf Beitrag der ganzen Welt. Da über 80% der UNO-Mitglieder aus totalitären, undemokratisch-sozialistischen regierten Staaten bestehen, tun wir im Interesse aller gut daran, weiterhin neutral zu bleiben, um allenfalls auch allen und im Interesse aller dienen zu können.

«TG-Komitee gegen eine völlig undemokratische UNO»,  
Postfach 656, 8501 Frauenfeld  
(Telefonische Anfragen nimmt das  
SD-Präsidium entgegen unter  
052 765 12 16)



und Gerechtigkeit. Pauschal gegen den Terrorismus Krieg zu führen ist, nebenbei bemerkt, ein Deckmantel für andere Ziele. Wir tun besser daran, unabhängig, neutral und weltweit offen zu bleiben, ohne uns auf die Seite der Mächtigen

dieser Welt zu schlagen. Unsere Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit sichert uns mehr Ansehen als die Parteinarbeit. Stimmen wir in Freiheit ab, solange uns dieses Recht noch gegeben ist!

Robert Berner, Rheinfelden

## Uno-Beitritt – dumme oder gescheite Schweiz?

Sehr geehrter Herr Joseph Deiss, Bundesrat und Aussenminister



Es gibt doch nicht so viele dumme Uno-Staaten und nur eine intelligente Schweiz, konterten sie bei einer Diskussionsversammlung vor Schülerinnen und Schülern der dritten und vierten Maturitätsklasse an der Kanti Olten Anfang Dezember 2001 in Sachen Neutralität/Uno auf die Frage, ob auch sie von einer Brücke in die Aare springen würden, wenn alle Andern dies täten, was sie aber dann doch verneinten.

Dazu meine ich, dass es schon zu früheren Zeiten gescheite und auch weniger gescheite Bundesräte gab. Das ist heute noch so und wird vermutlich immer so bleiben. Während des Zweiten Weltkrieges gab es sogar Bundesräte, die mit einer Grossmacht sympathisierten. Auch das haben wir überstanden, nicht zuletzt dank unserem besonderen Gut, der Neutralität.

Nach der anfänglichen Neutralitätsdebatte, um wieder auf den Anfang zurückzukommen, folgte dann doch die offensichtlich angestrebte Uno-Debatte, wobei sie als Aussenminister klar für einen Uno-Beitritt die Werbetrommel rührten. Schlau eingefädelt, Herr Deiss, aber kaum schlaue genug, um selbstständig denkende Bürgerinnen und Bürger überzeugen zu können. Sie

sind bekanntlich seit Wochen/Monaten auf Achse, um für einen Uno-Beitritt zu werben; dies natürlich auf Kosten der Steuergelder.

Meine Meinung zur Uno: Bei einem Uno-Beitritt wären wir mehr oder weniger gezwungen, u.a. auch die Gebaren der Grossmächte China und USA zu akzeptieren. China mit seinen Menschenrechtsverletzungen, die heute leider immer noch aktuell sind. Die USA mit anderen Verfehlungen, denken wir zurück an die Haltung von Sklaven, an die Kriege in Korea, vor allem aber in Vietnam. Die USA sind auch heute noch immer bereit, einen Krieg anzufangen oder kriegsfreudige Nationen zu unterstützen, wenn es ihnen dient.

Was bringt die Uno effektiv überhaupt fertig, Herr Bundesrat? Es ist nicht der Rede wert, gesamthaft gesehen. Denken wir z.B. an die unzähligen Kinder, die weltweit täglich an Hunger und Krankheit sterben. Wo ist da die Uno? Die Uno ist für mich ein grosses, bürokratisches Gebilde, das unheimlich viel Geld verschlingt, das man für die Ernährung Notleidender besser ausgeben könnte. Wollen wir wirklich der Uno beitreten (betrifft auch die EU), wo Kleinstaaten überhaupt nicht beachtet werden, nur dass wir nicht abseits stehen und dafür keine eigene Meinung mehr haben dürfen, Herr Bundesrat? Ich stimme ganz sicher NEIN, denn ich möchte meine Freiheit und meine persönliche Entscheidungsfreiheit wenn immer möglich behalten und mich nicht von Grossmächten (auch nicht vom Bundesrat) bevormunden lassen.

Josef Eng, Suhr

## Die UNO – haben Sie das gewusst?

Fortsetzung von Seite 2

legt wird. Besonders problematisch ist die Tatsache, dass mindestens China und Russland nicht als demokratische Rechtsstaaten gelten können.

Bei Friedensbrüchen verhängt der SR – sofern ihn nicht ein Veto stoppt – gemäss § 41 verbindlich friedliche Sanktionen, Unterbruch der Wirtschaftsbeziehungen, Nahrungsmittelboykotte, Unterbruch des Verkehrs, der Kommunikation jeder Art und Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Verschärfend kann der SR militärische Sanktionen gemäss § 42 ergreifen. Er kann mit Luft-, Land- und Seestreitkräften von Mitgliedern der Vereinten Nationen erforderliche Massnahmen durchführen. § 43 verpflichtet die Mitglieder zum gegenseitigen Beistand Sonderabkommen regeln die Zurverfügungstellung von Truppen und anderes sowie Durchmarsch- und Überflugrechte. UNO-Mitglieder haben gemäss § 45 Luftstreitkräfte

## Bedauerlicher Entscheid des Ständerats

Der Ständerat hat beschlossen, Cannabiskonsum und -kleinhandel nicht mehr als strafbar zu betrachten und zu verfolgen. Dies ist eine Entscheidung mit schwerwiegenden Folgen für unsere Jugend, für die Volksgesundheit und das ganze Land in Beziehung zur UNO, welche eine Drogenliberalisierung strikte ablehnt.

### Erschwerte Prävention

Die Drogenprävention wird durch die beschlossene Liberalisierung massiv erschwert. Jeder wird sich fragen: Kann denn eine Substanz

gefährlich sein, wenn die Volksvertreter das Drogenverbot aufheben?

**Sicher ist:** Cannabis ist ganz klar eine gesundheitsschädigende Substanz. Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, dass es süchtig macht und Entzugssymptome auftreten. Besonders hervorzuheben sind die psychischen Folgen: Amotivations Syndrom, Gedächtnisstörungen, Angstzustände, Verfolgungsideen bis Schizophrenie ähnliche Zustände, die einen Klinikaufenthalt notwendig machen. Deshalb sollte man im bestehenden Gesetz das Verbot belassen. Jedes Verbot eine präventive Wirkung. Der Staat setzt ein klares Zeichen: Drogen sind gefährlich – Drogen gefährden die Gesundheit – Hände weg – Fang niemals an! Wir sollten diese präventive Wirkung weiter nutzen.

Zum Jugendschutz: Wie die Erfahrungen bei Nikotin und Alkohol zeigen, ist der Jugendschutz nicht umzusetzen. **Mit den beiden Suchtmitteln Tabak und Alkohol hat unser Land bereits massive gesundheitspolitische Probleme. Falls dieser Entscheid umgesetzt wird, haben wir ein schwieriges Problem mehr mit massiven Folgen für unsere Jugend.**

### Unzulässiger Vergleich Heroinsucht / Diabetes

Sucht ist nicht zu vergleichen mit der Zuckerkrankheit. Heroin ist nicht Insulin. Der Zuckerkranker braucht Insulin. Dem Drogensüchtigen geht es innert Wochen deutlich besser, wenn er kein Heroin mehr nimmt. Der Entzug von Heroin ist vergleichbar mit einer dreitägigen Grippe. Nachher sind die körperlichen Symptome, die medizinisch ungefährlich sind, ver-



schwunden. Was bleibt, ist das seelische Verlangen, Craving genannt. Deshalb muss nach dem Entzug eine längerdauernde Entwöhnungsphase folgen, in die auch berufliche Massnahmen und Wiedereingliederung integriert werden können.

Eine Gruppe von Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängigen sagt nach längerer Diskussion dazu: *«Ziel der Behandlung ist nicht das blosse Freisein vom Suchtmittel, sondern die innere Freiheit, ohne den Zwang zur Aufnahme eines Suchstoffes ein menschenwürdiges, produktives, ausfüllendes und insgesamt freies Dasein in sozialem Gleichgewicht zu führen.»*

Mit der Heroinabgabe wird diese innere Freiheit nicht wiedergewonnen. Drogenabgabe führt letztlich zu einer Suchtverlängerung. Hatte man noch vor Jahren gehofft, die Drogensüchtigen würden sich nach einiger Zeit in der Drogenabgabe zum Aufhören entschliessen, so ist das Resultat enttäuschend. Sie gehen von einem Programm ins andere und kommen nicht weiter. Die Drogensüchtigen verharren über viele Jahre in Abhängigkeit und kommen aus der Sucht nicht heraus.

Wenn ein Süchtiger nach der Heroinabgabe wirklich aufhören will, dann fängt er da an, wo man nach herkömmlicher Suchttherapie immer angefangen hat, nämlich beim Entzug. Anschliessend benötigt er Hilfe zur Wiedereingliederung. Die Jahre in der Heroinabgabe haben ihm nichts gebracht. Andere Gleichaltrige sind weitergekommen, er ist stehen geblieben und noch mutloser, was eine erfolgreiche Therapie nicht fördert.

Heute sind 18'000 Menschen unter Methadon, 1000 unter Heroin. Bald werden es Tausende sein. Es müssen neue Wege gesucht wer-

den, den Süchtigen zu helfen. Als Überbrückung mag die Methadonabgabe möglich sein, aber Dauerabgabe von Heroin ist keine Hilfe für den Drogenkranken.

Die Heroinabgabe, aber auch die Methadonabgabe haben die Probleme einer offenen Drogenszene nicht lösen können. Dies zeigen die neueren Erfahrungen in Zürich und Bern. Nur mit Hilfe starker Polizeipräsenz kann das erneute Entstehen einer offenen Szene mit all dem Drogenelend verhindert werden.

### Schlussfolgerungen

1. Cannabis und Heroin sollten nach wie vor als verbotene Substanzen im Art. 8, Absatz 1 des bestehenden BtMG drin bleiben.
2. Alle Hanfprodukte sollen als Betäubungsmittel eingestuft werden, so dass der Nachweis der «Drogenerzeugung» wegfällt und die Arbeit der Behörden in der Bekämpfung des Drogenhandels erleichtert wird.
3. Das Opportunitätsprinzip hat in keinem Gesetzeswerk einen Sinn. Für die Prävention würde es sich verheerend auswirken.
4. **Heroinabgabe ist keine Therapie:** Die bis 2004 bestehende Verordnung sollte man auslaufen lassen und bessere Wege zur Behandlung der Heroinsüchtigen gesucht werden. Ein Beispiel dafür ist San Patrignano in Italien, wo über 2000 ehemals Drogensüchtige in einem Dorf zusammenleben und jeder in 1–2 Jahren drogenfrei, gestärkt und beruflich geschult nach Hause gehen kann. Die Institution ist selbsttragend, weder für Angehörige noch Gemeinden entstehen Kosten. Hoffen wir, dass der Nationalrat einen sachgerechteren Entscheid fällen wird!

*Schweizer Ärzte gegen Drogen*

## Wussten Sie?

Bis zu 180'000  
Ausländer  
arbeiten schwarz

SD. In der Schweiz arbeiten zwischen 70'000 und 180'000 Ausländer ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag des Bundesamtes für Flüchtlinge durchgeführte Studie des Schweizerischen Forums für Migrationsfragen (SFM). Separate Zahlen für den Haushaltsektor nennt die Untersuchung, die auszugsweise im vergangenen November publiziert wurde, nicht.

Sie basiert auf den anonymen Antworten von 821 Firmen, die nach der Verbreitung der Schwarzarbeit in ihren jeweiligen Branchen befragt wurden. Das Resultat müsse zwar mit Vorsicht zur Kenntnis genommen werden, beruhe aber auf einer breiteren Grundlage als alle bis anhin angestellten Schätzungen, schreibt das Neuenburger Institut.

Mit je 20'000 «illegalen» Arbeitnehmern rechnet das SFM in den drei Branchen, die am meisten Ausländer ohne Bewilligung beschäftigen: die Landwirtschaft, der Bau und das Gastgewerbe. Geht man von einer mittleren Gesamtzahl von 125'000 Personen aus, wären dies rund 12.5% der legal beschäftigten Ausländer in der Schweiz oder knapp 3% aller Erwerbstätigen. In der Romandie scheint die Schwarzarbeit von Ausländern weiter verbreitet zu sein als in der Deutschschweiz, liegen die Schätzungen der Westschweizer Unternehmen doch um 30% höher. Auch kleine Firmen scheinen für illegale Arbeitsverhältnisse anfälliger zu sein.

## Weinen um mein Land...

In der Bundesverfassung § 16 steht es geschrieben und jeder mündige Staatsbürger weiss es ganz genau: «Die freie Meinungsbildung ist garantiert» und sie ist der Eckstein einer gesunden Demokratie. Heute haben wir in vielen Gemeinden nur noch eine einzige Zeitung, auch Regionalsender und -Sendungen für Radio und Fernsehen gibt es kaum zur Auswahl. Die faulen Argumente vieler Redaktoren und Sendeleiter, der Konsument könne einfach auf ein anderes Medium ausweichen, wenn ihm eines nicht passe – sollten heute eisern eingeklagt werden. Es gibt nämlich für den Bürger sehr oft keine Alternative! Er ist gezwungen, die eine Zeitung, den einen Sender zu

konsultieren. Redaktoren müssten also konsequent ihre Zeilen und Studios echtem Pro und Kontra öffnen. Gleich lange Spiesse wäre demokratisches und verfassungsrechtliches Muss! Leider machen aber so viele Redaktoren und Sendeleiter handfeste Politik, indem sie die einen Meinungen wiederholen und andere total unterdrücken, ja sogar abqualifizieren! Bleibt die Frage, wer hat diese Drahtzieher zu dieser Art «Demokratie» legitimiert?

Wenn es in unserem Lande mit der Meinungsmanipulation so weiter geht und sogar noch die Regierenden derartige Machenschaften gegen Land und Volk stützen wie im Falle der UNO-Abstimmung vom

2./3. März durch höchste Parteivertreter und Bundesräte, steht es schlecht mit unserer Demokratie und einer glücklichen Zukunft für Land und Volk, sehr schlecht! Wir Schweizer Demokraten wissen, warum 60% der Menschen nicht mehr an die Urnen gehen! Darum rufen wir alle Medienschaffenden und Verantwortlichen auf, demokratische Spielregeln eisern einzuhalten, dies im Interesse des Landes, aber auch im Interesse an der Vermittlung von hochstehenden Infos gemäss BV §16 zum Wohle aller, letztlich auch der Medien und Medienschaffenden. Der Stimmbürger ist mündig, kann selber abwägen und hasst es, als Idiot verkauft zu werden...

*Willy Schmidhauser,  
Präsident SD Thurgau, Dettighofen*

# Tierschutz heute: Aufhebung des Schächtverbotes? Rückfall in die Barbarei!

SD/He. In der Öffentlichkeit steigt die Sensibilität gegenüber der Befindlichkeit von Tieren, insbesondere von sogenannten Nutztieren. Allmählich setzt sich das Bewusstsein durch, dass die Tierwelt ebenso Teil der göttlichen Schöpfung ist, wie wir Menschen. Tiere – zumindest solche der höheren Entwicklungsstufe – sind ebenso zu Empfindungen fähig: Freude und Wohlbefinden, Zu- und Abneigung, Angst und Schrecken, Schmerzen und Qualen sind auch in ihrem Alltag bestimmend. Das Forschungsgebiet Tierpsychologie eröffnet uns immer neue Erkenntnisse. Tiere sind somit nicht «Sachen», sondern unsere Mitgeschöpfe, für die wir Menschen aufgrund unseres zivilisatorischen Niveaus und unserer ethischen Standards Verantwortung tragen.

Das bestehende Tierschutzgesetz trägt dieser Auffassung Rechnung: es setzt der Beliebigkeit im Umgang mit Tieren notwendige, wenn auch nicht ausreichende Grenzen. Insbesondere stellt es tierquälerisches Verhalten unter Strafe. Ein Bereich, der aufgrund von zeitweise festgestellten Missständen immer wieder zu kritischen Diskussionen Anlass gibt, ist die Haltung, der Transport und die Schlachtung von Nutztieren. Inbezug auf Schlachtung schreibt das Gesetz zwingend vor, dass das zu schlachtende Tier vor der Tötung betäubt werden muss. Diese Vorschrift steht der rituellen Tötung nach or-

thodox-jüdischem oder moslemischem Brauch («Schächten» genannt) entgegen. Beim Schächten wird dem Schlachttier – meist an den Hinterläufen aufgehängt – ohne jede Betäubung zuerst die Speise- und die Luftröhre, dann die Halsschlagader durchgeschnitten, was zu einem allmählichen völligen Ausbluten führt. Das Tier erleidet bei vollem Bewusstsein einen langsamen, im Sinne höchster Todesangst qualvollen Tod. Es handelt sich also offenkundig um eine unserem normalen ethischen Empfinden hohnsprechende Schlachtmethode, die um nichts besser wird, wenn man ihr religiöse Motive unterlegt.

Gegenwärtig wird das schweizerische Tierschutzgesetz revidiert, die Vernehmlassungsphase ist abgeschlossen. Der Schweiz. Israelitische Gemeindebund (SIG) sieht nun eine Chance für die Aufhebung des Schächtverbotes gekommen. Bereits lobbyiert er bei allen zuständigen Stellen in diesem Sinne; Gespräche mit Bundesrat Pascal Couchepin und Bundesrätin Ruth Metzler haben stattgefunden. Verlangt wird die Beseitigung der angeblichen «religiösen Diskriminierung» von Juden und Moslems analog zur Aufhebung des Bistumsartikels. Auch wird schon in die Zukunft geplant: Weg mit der Betäubungsvorschrift aus dem revidierten Gesetz, dieses durch die Eidg. Räte gutheissen zu lassen



**Die Füsse mit Ketten gefesselt. So wurde die Kuh umgeworfen. Dann wurde ihr der Hals aufgeschnitten. Mit dieser schrecklichen Halswunde blutet das Tier bei vollem Bewusstsein langsam aus.**

und den dem (wahrscheinlichen) Referendum folgenden Abstimmungskampf «mit professioneller Hilfe» haushoch zu gewinnen ist das Ziel.

### Kommentar:

Den Gedanken eines umfassenden Tierschutzes mit «religiöser Diskriminierung» zu bekämpfen, ist perfid und verwerflich. Der Respekt vor dem Leben auch der Tiere erheischt in unserer abendländischen Kultur Gesetzesnormen, die jedermann zu einem Verhalten zwingt,

das (Nutz-)Tieren jedes unnötige physische und psychische Leiden erspart.

### SVP für Schächten

In ihrer Vernehmlassungsantwort zum neuen Tierschutzgesetz sprechen sich die SVP und die CVP für die Aufhebung des Schächtverbotes aus. Die SD hingegen lehnen das Schächten entschieden ab.

## Das Schächten ist tierverachtend

Der Bundesrat will im neuen Tierschutzgesetz das Schächtverbot aufheben. Woher kommt dies und was heisst überhaupt schächten?

Schächten wird von den Juden und den Moslems praktiziert. Vom Glauben her wollen diese Menschen reines Fleisch essen. Die Tiere werden lebendigem Leibes an den Füßen aufgehängt und dann wird ihnen die Kehle aufgeschnitten, damit ihnen das Blut aus dem Körper rinnt. Somit glauben die Juden und Moslems, mit diesem Ritual, reines Fleisch zu essen.

Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, die das Schächtverbot besitzen. Jetzt will es der Bundesrat aufheben. Dies ist eine Zumutung dem Tier und Tierliebhaber gegenüber.

Egal unter welcher religiösen Flagge die Schächtpraxis betrieben wird, es lässt sich nun mal nicht leugnen, dass das Schächten eine tierquälerische Prozedur ist. Der Vorwurf der Schächtgegner sei antisemitisch, ist eine unzutreffende Schutzbehauptung. Wenn die Menschen schon nicht auf Fleisch verzichten wollen, sollten wir zumindest für eine artgerechte Haltung und eine schmerz- und angstlose Schlachtung besorgt sein.

Wir Schweizer Demokraten werden dafür kämpfen, dass das Schächten in der Schweiz weiterhin verboten bleibt.

*Rolf Boder und Hans Jörg Fischer, SD-Kantonsräte, Winterthur und Forch*

## SD-Werbung für Wahlen

Wählt Liste



Schweizer Demokraten

Obiger Selbstkleber (105 x 57 cm, rot auf weissem Papier) eignet sich für SD-Werbung vor Wahlen. Der Vorteil von Papierklebern gegenüber von Kunststoff-Klebern ist (neben dem viel geringeren Preis), dass sie – einmal aufgeklebt – fast nicht mehr weggerissen werden

können, da sie sofort reissen. **Kosten:** A 4-Bogen mit 10 selbstklebenden Etiketten Fr. 2.-; ab 10 Bogen Fr. 1.90 pro Bogen; ab 20 Bogen Fr. 1.80 pro Bogen plus Versandkosten (B-Post) von Fr. 1.90 (bei Bestellung **bis 10 Bogen** nur 70 Rp. Versandkosten). Bestellungen bei: Schweizer Demokraten, Postfach 1213, 5401 Baden.

Bitte der Bestellung die Kosten (+ Versandkosten) in frankaturgültigen Briefmarken beilegen. Bei Bestellungen über Fr. 20.- bitte um Vorauszahlung auf PC-Konto 60-394553-0, D. Najman, Baden.

**SD auf Internet!**

[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)



Kanton Basel-Land



# Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik

## Warum diese SD-Volksinitiative?



*Rudolf Keller,  
a. Nationalrat,  
SD-Zentral-  
präsident,  
Frenkendorf*

Die Einbürgerung ist und soll sein der letzte Akt der Integration. **Im Kanton Baselland wurden seit 1985 rund 6000 Ausländer eingebürgert.** Die Einbürgerungszahlen steigen weiter, weil in unserem Lande in manchen Fällen zu leichtfertig eingebürgert wird. Eines der Grundprobleme unserer Einbürgerungspolitik ist dies, **dass jeder Eingebürgerte gleich wieder durch einen (oder mehr) Neueinwanderer ersetzt wird. Der Ausländeranteil nimmt daher trotz vielen Einbürgerungen laufend zu.** Immer mehr Neueinwanderer lassen sich schlecht integrieren, weil sie ihre eigene Kultur und Sprache behalten wollen. Sie sind allermeist nur zum Geldverdienen in unser Land gekommen. Die Folge dieses Einbürgerungsmechanismus sind immer grössere soziale, gesellschaftliche und menschliche Probleme, denen wir alle gegenüberstehen. **Auch die Islamisierung schreitet voran.** In manchen Gemeinden gibt es Ausländerghettos, wo kaum mehr Einheimische wohnen. Und die Schulprobleme nehmen zum Nachteil unserer Kinder immer mehr zu.

Deshalb wäre es doppelt wichtig, dass nur sehr gut assimilierte und integrierte Menschen bei uns eingebürgert würden. Eine Hauptforderung der kantonalen Volksinitiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» ist daher die, **dass vermehrt darauf geschaut werden muss, dass die einzubürgernden Ausländer unsere Sprache einigermaßen verstehen und sprechen können.**

Immer wieder stellt man fest, dass Leute eingebürgert werden, die unserer Sprache auch nach mehr als zehnjährigem Aufenthalt in unserem Lande kaum mächtig sind. Und das fördert die Eingliederung in unsere Gesellschaft nicht.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Regierung halten wir fest: Wer schon mit Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten gesprochen hat, stellte dabei fest, dass eine bedeutende Anzahl dieser Leute unserer Sprache kaum mächtig waren. Und solche Menschen sind zu wenig integriert!

**Eigentlich sollte diese möglichst gute sprachliche Eingliederung selbstverständlich sein, doch achten unsere Behörden viel zu wenig darauf. Wenn die Stimmenden dieser Volksinitiative zustimmen, wird der politische Druck auf die Einbürgerungsbehörden zunehmen** und es werden nur noch Leute eingebürgert werden können, welche unsere Sprache, Sitten, Gebräuche und Kultur einigermaßen verstehen, nachvollziehen und vor allem mitleben können und wollen. Nur wer JA stimmt, verhilft dieser weit-sichtigen Haltung zum Durchbruch. Wir wissen und halten darum fest, dass sehr viele Einbürgerungsbehörden gewissenhaft ihre Arbeit erledigen. Man sollte aber auch den Mut haben, die offensichtlichen Einbürgerungsmissbräuche, verursacht durch einige «schwarze Schafe», zu unterbinden.

**Leider passiert es – nicht nur im Baselbiet – immer wieder, dass Leute, die nach eingehender Prüfung in einer Gemeinde als Einbürgerungskandidaten abgelehnt werden, in einer andern Gemeinde eingebürgert werden, obwohl sie dort gar nicht wohnhaft und verwurzelt sind.**

Möglich ist das, weil das Gesetz einen Paragraphen kennt, der besagt, dass vom Erfordernis des Wohnsitzes oder einer bestimmten Wohnsitzdauer abgesehen werden kann, wenn achtenswerte Gründe vorliegen. Zur Definierung dieser sogenannten «achtenswerten Gründe» wird aber alles beigezogen, was auch nur im weitesten Sinne denkbar ist.

**Dieser fragwürdige Gesetzesabschnitt ist deshalb zu einem regelrechten Missbrauchsparagraphen geworden. Einige wenige Baselbieter Gemeinden haben sich leider darauf spezialisiert, solche aus guten Gründen – nach intensiven Abklärungen – bereits abgelehnten Ausländer trotzdem einzubürgern.** Diese Leute erhalten dann den roten Pass, man sieht sie aber nicht in der Einbürgerungsgemeinde, weil sie zu dieser Gemeinde gar keine Verbindung haben. Das kann nicht der Sinn einer Einbürgerung sein. Mit der Streichung dieser gesetzlich verankerten Umgehungsmöglichkeit wird ein offensichtlicher Missbrauch abgestellt, der schon zu vielen unschönen und fragwürdigen Einbürgerungen führte. Das nachfolgende Missbrauchsbeispiel zeigt auf, wie sich das heutzutage oft abspielt: Da behauptete kürzlich ein Einbürgerungs-Gesuchsteller, er arbeite zu 100%.



Dass er von Sozialhilfe lebte, «vergass» er geflissentlich. Die Gemeinde lehnte auch folgerichtig das Einbürgerungsgesuch ab. Wenig später tauchte dann aber derselbe Einbürgerungskandidat auf der Einbürgerungsliste einer der bekannten «Missbrauchsgemeinden» auf. Dort wurde er – obwohl er also nicht in diesem Dorfe lebt – eingebürgert. Dies wohl unter dem Motto: Die Einbürgerungsgebühren nehmen wir gerne, der

Wohngemeinde überlassen wir ebenso gerne die Sozialhilfe, welche die dortigen Steuerzahler zu be«rappen» haben. Solche und ähnliche Fälle sind leider keine Seltenheit.

Wird der kantonalen Volksinitiative zugestimmt und der **Missbrauchsparagraph gestrichen**, so hat dies darüber hinaus auch zur Folge, dass diese Missbrauchsgemeinden kein finanzielles Geschäft mehr mit solchen Einbürgerungen machen können! Und der fragwürdige **Einbürgerungstourismus** in diese Gemeinden wird **abgestellt**. Nur wer wirklich integriert ist, verdient es, unser Bürgerrecht zu erhalten. Zuerst soll die Integration aktiv gefördert und sichergestellt werden, und der logische zweite Schritt kann dann (nicht alle Ausländer wollen das) die Aufnahme in das Bürgerrecht sein. Zu dieser zukunftsgerichteten Politik steht auch das Initiativkomitee. **Missbräuche sind aber abzustellen. Und weil die Behörden dazu nicht bereit sind, wird nun das Volk in einer Abstimmung darüber befinden können. Das Initiativkomitee bittet deshalb alle, mit JA zu stimmen.**

## Chance für eine vernünftige Einbürgerungspolitik

Eine meiner Aufgaben als Landrat ist es, die Einbürgerungen auf kantonalen Ebene vorzunehmen. Dabei sind die meisten Einbürgerungsgesuche unbestritten und in Ordnung. Leider werden aber auch immer einige Gesuche vorgelegt die, sagen wir es mal vorsichtig, recht zweifelhaft sind. Viele fragwürdige Gesuchsteller wurden in ihren Wohngemeinden mit triftigen Gründen abgelehnt. Dass sie sich trotzdem einbürgern lassen können, haben wir vor allem der Gemeinde Niederdorf und in kleinerem Rahmen auch Birsfelden zu «verdanken». Diese Gemeinden sind bekannt dafür, dass sie auch Einbürgerungsgesuche problemlos bewilligen, die andere Gemeinden abgelehnt haben. Da behauptete zum Beispiel kürzlich ein Gesuchsteller er arbeite zu 100%. Dass er von Sozialhilfe lebt, «vergiss» er. Allschwil lehnte das Einbürgerungsgesuch ab, in Niederdorf wurde es bewilligt. Unter dem Motto: Die Einbürgerungsgebühr für mich, die Sozialkosten für die andern. Jetzt fragen Sie sich wohl, wie ist so etwas möglich? Nun, ein

Gummiparagraph im Einbürgerungsgesetz machts möglich. Dieser Passus besagt, dass aus «achtenswerten Gründen» auch jemand eingebürgert werden kann, der es eigentlich nicht verdienen würde. Man glaubt gar nicht, wie oft der Gummiparagraph in den letzten Jahren herhalten musste! Mir als Landrat ist zusätzlich noch ein Maulkorb umgebunden, so dass ich mich zu sehr fragwürdigen Einbürgerungsentscheiden, auch in Birsfelden, im Landrat nicht detailliert näher äussern darf! Es gibt ja schliesslich den berühmten Datenschutz! Nun haben wir aber die Chance, mit der Initiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» diese Missstände zu ändern. Leider ist es dringend nötig. Nutzen wir also diese grosse Chance und stimmen wir für eine vernünftige Einbürgerungspolitik. Sagen wir JA zur Initiative, welche auch noch anstrebt, dass nur eingebürgert werden kann, wer sprachlich und kulturell einigermaßen gut eingegliedert ist.

*Mirko Meier, SD-Landrat,  
Birsfelden*

# Stopp den Einbürgerungsmissbräuchen

Möchten ausländische Personen das Schweizer Bürgerrecht erwerben, so ist ihre Einbürgerung an bestimmte gesetzliche Vorgaben gebunden. Entscheidende Kriterien sind unter anderem die aktive Integration wie zum Beispiel das Verstehen und Sprechen einer unserer Landessprachen, aber auch die kulturelle Identifikation mit unseren demokratischen Grundwerten der Gesellschaft. Diese wichtigen Schritte auf dem Weg zur Einbürgerung, erleben und vollziehen sich vor allem auf kommunaler Ebene, den Gemeinden.

Wie bei allen Bewerbungen ist es aber nicht auszuschliessen, dass aus verschiedenen Gründen entsprechende Einbürgerungsgesuche abgelehnt werden. Diese Negativentscheidungen müssen den Gesuchstellern aber transparent begründet und dargelegt werden. So zum Bei-

spiel mangelnde Sprachkenntnisse, fehlender Integrationswille, gesetzeswidriges Verhalten usw. Der Kanton Baselland kennt nun im kantonalen Einbürgerungsgesetz noch die Möglichkeit, dass aus achtenswerten Gründen auch vom Wohnsitzerfordernis abgesehen werden kann, also ohne entsprechende Beziehung zur Gemeinde eingebürgert werden darf. Diese Ausnahmebestimmungen wurde in den letzten Jahrzehnten von drei Oberbaselbieter Gemeinden immer wieder dazu missbraucht, abgelehnte Einbürgerungsgesuche von Personen aus anderen Baselbieter Gemeinden, doch noch anzunehmen. Der wichtige Aspekt der Integration spielte in diesen Fällen nur eine nebensächliche Rolle – wichtig waren und sind für diese Gemeinden offensichtlich die namhaften Einbürgerungsgebühren. Damit wurden aber die

grossen Integrationsbemühungen der vielen Baselbieter Bürgergemeinden desavouiert und missachtet, die ja ihren Entscheid in einem recht aufwendigen Verfahren rechtsstaatlich korrekt abklärten und auch konsequenterweise zu gewissen Negativentscheiden gelangten.

Es darf aber nicht die Regel sein, dass vor allem aus finanziellen Gründen ein Baselbieter Einbürgerungstourismus von Gemeinde zu Gemeinde möglich ist, indem zum Teil nicht oder nur mangelhaft integrierte Personen aus rein finanziellen Gründen eingebürgert werden. In diesem Sinne verlangen wir Schweizer Demokraten schon seit Jahren im Landrat und beim Regierungsrat, dass dieser umstrittene Gesetzparagraph gestrichen wird, um den Auswüchsen im Einbürgerungswesen einen Riegel zu

schieben. Leider bisher ohne Erfolg, deshalb kann das Volk nun darüber abstimmen. Mit der kantonalen Volksinitiative «Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» stellen wir daher diese Forderung wieder in den Vordergrund, wie es schon ein Grossteil der heutigen Baselbieter Gemeinde gewissenhaft und vorbildlich macht. Zuerst die Integration aktiv fördern und unterstützen und als logischen zweiten Schritt, dann die Aufnahme in das Bürgerrecht in der Wohngemeinde. Nicht das finanzielle Interesse sondern vielmehr der Integrationsgedanke müssen hier im Vordergrund stehen.

In diesem Sinne bitte ich alle, die Gesetzesinitiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» anzunehmen.

*Thomas H. Friedli,  
SD-Landrat, Aesch*

## Krawalle und «parallele Lebenssphären»

### «Multi-Kulti-Segnungen» am Beispiel Englands

Es wächst nicht zusammen, was nicht zusammengehört bzw. was nicht zusammengehören will. An dieser Grundtatsache sind seit alters her, aber auch in jüngerer Zeit selbst mächtigste Weltimperien zerbrochen. Ende der 80er Jahre war es die multinationale Sowjetunion, aus der zwölf Staaten entstanden sind. Zuvor krachte das Britische Empire auseinander, das sich in über fünfzig Staaten aufgelöst hat. Auch die Versuche, die Risse wieder zu kitten («GUS» bzw. «Commonwealth») sind gescheitert.

Wer sich aber ins eigene Land holt, was mit dem eigenen Volk nicht zusammengehört bzw. nicht zusammengehören will, erleidet zwangsläufig sozusagen auch «im Kleinen», was ihm schon «im Grossen» widerfahren ist.

### Zunehmende Radikalisierung

England hat im verstrichenen Jahr heftigste Unruhen erleben müssen. Vorwiegend junge Angehörige asiatischer Einwandererfamilien lieferten sich Strassenschlachten mit englischen Jugendlichen und der Polizei, die zu bürgerkriegsartigen Krawallen ausarteten. Wobei häufig Asiaten hervortraten, deren Eltern und Grosseltern, teilweise sogar Urgrosseltern bereits auf der Insel gelebt haben. Zugleich hat eine vom Establishment beklagte politische «Radikalisierung» stattgefunden: Die Fremden schliessen

sich zu Gruppen zusammen, die nichts von «Integration» halten, und unter der englischen Jugend wächst die Anhänger- und Wählerschaft der als fremdenfeindlich titulierten British National Party (BNP).

Jetzt hat die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung des Stadtdirektors von Nottingham, Ted Cantle, ihre Ergebnisse vorgelegt. Demzufolge hat sich die Distanz zwischen den Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in den multikulturellen Brennpunkten vergrössert. Immer mehr wollen immer weniger mit «den Anderen» zu tun haben. Man kapselt sich ab, igelt sich ein. Der Bruch, man kann sogar häufig von «der Front» sprechen, verläuft quer durch Strassen, Schulen, Arbeitsstätten. Wörtlich heisst es in dem offiziellen Bericht: «Die Gruppen bewegen sich in einer Reihe paralleler Lebenssphären, sie berühren sich an keinem Punkt, und Überschneidungen oder echten Austausch sucht man vergebens.»

### Düstere Prognose

Hilflos wirkt der Aufruf der Kommission, «multikulturelles Bürgerbewusstsein» zu entwickeln, ein «Identitäts- und Zugehörigkeitsgefühl» zu Grossbritannien bei den Einwanderern zu entwickeln. Alles schon seit vielen Jahren ohne Er-

folg ausprobiert worden! «Dem Land drohen künftig womöglich noch schlimmere Krawalle als man sie bisher erlebt hat», lautet die düstere Prognose.

Und was folgt daraus für die Schweiz? Gewiss jedenfalls nicht

Weitermachen mit dem Hereinholen von Fremden, die mit den Einheimischen nicht «zusammenwachsen» wollen wie auch die Einheimischen nicht mit ihnen.

*Peter Bühler, SD-Stadtrat, Bern*

## So laufen die Einbürgerungen in Rheinfelden

In der Einladung zur Gemeindeversammlung sind die Kandidaten aufgeführt, mit der jeweiligen Einkaufssumme (ab Fr. 300.-). An der nur noch schwach besuchten Gemeindeversammlung liest der Stadtmann die Namen der Einbürgerenden ab. Normalerweise wird mit offenem Handmehr abgestimmt, nicht ohne dass der Vorsitzende erklärt hat, dass die eidgenössischen und kantonalen Bewilligungen vorliegen. Ich hatte früher schon verlangt, dass geheim (mit vorbereiteten Stimmzetteln) abgestimmt werde. Dies ist jetzt vereinzelt – es muss jedesmal extra auch darüber abgestimmt werden – so erfolgt.

Bei offener Abstimmung fliegen die Hände beim JA nur so in die Höhe. Das ist Nötigung. Denn im Saal sitzen schon früher eingebürgerte Jugoslawen und natürlicher Sozialisten.

Kürzlich wurde – eine Ausnahme – ein Jugo abgelehnt. Er ist Gastwirt, wurde von der Frau eines Bankdirektors belehrt, als er Abfall unerlaubterweise bei der Glassammelstelle entsorgte. Der Jugo bedrohte darauf die beherzte Frau und spie ihr ins Gesicht. Darum fiel

er bei der Einbürgerung durch. Er hat aber Freunde. Seine Wirtschaft wurde darauf in der Lokalzeitung sehr gerühmt. Er wird erneut als Schweizer vorgeschlagen werden!

Der Vorfall beweist, dass es mit der «eidgenössischen» und «kantonalen» Bewilligung nicht sein Bewenden haben darf. Dort wird nur formalistisch beurteilt, nicht nach Charakter.

Und so bleibe ich – verärgert – den Gemeindeversammlungen fern, wie wahrscheinlich viele andere, sonst interessierte Bürger.

*Robert Berner, Rheinfelden*

### Anzeige

#### Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

#### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Kanton Aargau

Grosser Rat Aargau

## Aargauische Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne!»








**Die SD Aargau sind vom Entscheid des Grossen Rates enttäuscht. Die SVP zeigt ihr wahres Gesicht.**


Mit Enttäuschung nehmen die SD Aargau den doch eher überraschend klar ablehnenden Ent-

scheid ihrer aargauischen Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne!» durch den Grossen Rat zur Kenntnis. Nicht einmal die SVP, welche sich bekanntlich vor Wahlen übereinstimmend mit einer restriktiveren Einbürgerungspolitik brüstet und damit auf Stimmenfang geht, hat sich geschlossen hinter das Volksbegehren gestellt. Nach Auffassung der SD Aargau hat die SVP ihr wahres Gesicht gezeigt, denn das Abstimmungsverhalten der SVP-Grossratsfraktion hat nun den Nachweis erbracht, dass «Ausländerschlagworte» vor Wahlen einzig und alleine populistischer Art sind. Die SD Aargau lassen sich nach diesem negativen Grossratsentscheid nicht entmutigen und sind nun die politische Kraft im Kanton Aargau, welche sich in Zukunft noch klarer, unmissverständlicher und umfassender mit der Ausländer- und Einbürgerungspolitik befassen wird. Den Abstimmungskampf zur aargauischen Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne!» werden die SD Aargau jedenfalls mit grossem Engagement führen.

*SD-Kantonalsektion Aargau,  
René Kunz, Pressechef*

## Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau  Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Sektion Kulm  Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern  Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid Aargau / Mittelland / Emmental Sektion Schwarzenburg / Seftigen / Laupen Sektion Thun / Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern Die 38. ordentliche Generalversammlung der SD-Sektion Innerschweiz findet am Samstag, 2. März 2002, um 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103 in Luzern statt. Buslinien ab Luzern Bahnhof: Nr. 1 + 20 bis Haltestelle Eichhof.
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung  Sektion Wil und Umgebung	Mittwoch, 27. Februar: Besichtigung Kantonspolizei und Kriminalmuseum. Treffpunkt vor Rest. Dufour um 18.30 Uhr Bitte um Anmeldung bei SD, Postfach 36, 9003 St. Gallen oder Telefon 079 639 06 07. Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Dielsdorf  Sektion Hinwil  Sektion Limmattal  Sektion Uster  Sektion Winterthur	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

**Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)  
E-Post: [sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
*Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf*  
*Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)*  
*Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*  
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden*  
*Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen*  
*Hans Steffen, Fischenthal*



## Ja zum Schächtverbot

### Die SD Aargau unterstützen das Tierschutz-Volksbegehren

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützen das am 29. Januar 2002 vom Schweizerischen Tierschutz (STS) lancierte Volksbegehren «für einen zeitgemässen Tierschutz (Tierschutz – Ja)». Mensch, Tier und Natur bilden nach Auffassung der SD Aargau in unserem gesellschaftlichen Leben je länger je mehr ein Kollektiv – so haben auch Tiere ein uneingeschränktes Recht auf Schutz und dürfen keinesfalls entwürdigt werden. Dazu gehört

ohne Wenn und Aber auch das Schächtverbot.

Tiere zeigen Gefühle und Schmerzempfinden – wie wir Menschen übrigens auch – sie sind deshalb auf unsere Rücksicht zwingend angewiesen. Tiere sind Geschöpfe, welche man nebst allem Zeitmangel, Geschäftigkeit und der Zugehörigkeit einer Glaubensrichtung nicht vergessen darf.

*SD-Kantonalsektion Aargau,  
René Kunz, Pressechef*

## Schellenberg-Clan beim SF DRS nicht mehr tragbar

### SD Aargau fordern Rücktritt von Peter Schellenberg

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau lehnen ein «verpolitisiertes» Fernsehen ohne Wenn und Aber ab und fordern Fernsehdirektor Peter Schellenberg zum sofortigen Rücktritt als Fernsehdirektor auf. Die Querelen, welche gegenwärtig auf «höchster Stufe» von SF DRS ausgetragen werden, sind für die Gebührenzahler nicht mehr länger zu ertragen. Die SD Aargau sind auch der Auffassung, dass der bekennende alt-68iger seinen «politischen Gesinnungsfreunden» die Plattform für die Verbreitung von

linker und alternativen Politik bereitstellt. Dass bereits Pia Schellenberg, Ehefrau von Peter Schellenberg, an leitender Position beschäftigt ist, untermauert die These der SD Aargau. Nach Meinung der SD Aargau sollten dem SF DRS auch die finanziellen Mittel entzogen werden, welche explizit für ein «selbstdarstellerisches Schellenberg-Fernsehen» verwendet werden.

*Verantwortlich für alle  
SD-Medienmitteilungen:  
René Kunz, Pressechef  
SD Kanton Aargau*



## Kanton Basel-Stadt



## Zum Gedenken an Rosmarie Kürsteiner-Müller

Völlig unerwartet erreicht uns die Nachricht, dass die bekannte Katzenmuseums-Mitbegründerin in Riehen, Rosmarie Kürsteiner-Müller, anfangs des Jahres verstorben ist. Rosmarie Müller (wie sie sich nach dem allzufrühen Tod ihres Mannes wieder nannte) repräsentierte den Typ der bedingungslosen Katzenliebhaberin, der «Katzenfrau». Nach einer Banklehre weilte sie längere Zeit zum Sprachstudium in Frankreich und England. Sie wechselte dann zum Journalismus («Doppelstab») und gründete mit ihrem Lebenspartner Tilo Kürsteiner in der stillvollen La Roche-Villa in Riehen das Katzenmuseum. Von 1983 bis 1994 bestand dieses Institut mit seinen reizvollen Sammlungen und lockte aus allen fünf Kontinenten begeisterte Katzenliebhaber nach Riehen, wodurch dieses malerische «Dorf» kulturell über eine beson-

dere Sehenswürdigkeit verfügte. Sie machte Riehen zur Berühmtheit und unterhielt rege Kontakte in alle Welt. Ihr Katzenmuseum wurde gar ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen. Nach dramatischer Auseinandersetzung in einer Referendumsabstimmung gegen den neuen Standort der Beyeler-Galerie, musste sie zu ihrem grossen Schmerz der Gemäldeausstellung weichen. Infolgedessen verlor das Katzenmuseum seine Präsentationsräume, da die Villa abgerissen wurde. Frau Kürsteiner-Müller beschränkte sich noch einige Jahre auf die Führung ihres Kuriositätengeschäftes am Basler Spalenberg, bis sie auch diesen Laden aufgeben musste.

Die Aufgabe des Museums, ein wichtiger Teil ihres Lebensinhaltes, nagte wohl sichtbar physisch und psychisch an ihrem Elan und an

ihrer Lebenskraft. Sie kam über diese Einbussen eigentlich nicht mehr hinweg. Der Tod hat einer phantasievollen und kreativen Frau auf die Jahreswende hin ein Ende gesetzt. Sie wurde nur 56 Jahre alt. Basel und Riehen haben mit ihr eine eigenwillige und schöpferische Person verloren.

Anzumerken ist, dass Rosmarie Müller eine starke Heimatliebe in sich trug. Bei den letzten Gross-

rats- und vorgängig den Verfassungsratswahlen kandidierte sie für unsere Partei. Dass sie nicht gewählt wurde, tat ihrer Überzeugung überhaupt keinen Abbruch – im Gegenteil. Auch an Standaktionen unserer Partei war sie regelmässig als Helferin anzutreffen. Wir danken ihr für den engagierten politischen Einsatz. Wir werden sie in guter Erinnerung behalten.

*Th. Häusermann*



## Kanton Bern



### Motion von Peter Bühler und Dieter Beyeler (SD):

## «Berner Marsch» muss endlich die offizielle Stadthymne von Bern werden!

Während andere Hauptstädte ihre «Stadthymne» haben, hat die Stadt Bern bis zum heutigen Tage leider keine offizielle Stadthymne. Zwar wird bei allen möglichen Veranstaltungen in Bern der «Berner Marsch» gespielt. Aber leider ist die heute bekannte Melodie dieses Marsches, aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, nie von der Stadt Bern als offizielle Hymne übernommen worden.

Doch das Spielen des «Berner Marsches» gehört zur urbernerischen Tradition in unserer Stadt.

Meistens wird die schöne Melodie in Arrangements für Blasmusik gespielt, ohne dass der Text dazu gesungen wird, der übrigens erst gut vierzig Jahre später komponiert wurde.

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Berner Marsch offiziell als Stadthymne zu erklären, damit auch die Bundesstadt Bern endlich ihre offizielle Hymne hat.

*Peter Bühler und Dieter Beyeler,  
SD-Stadträte, Bern*



## Kanton Zürich



### Zürcher Gemeinderatswahlen vom 3. März 2002

## Jetzt gahts um d'Wurscht!

csz. Am 3. März wird entschieden, wer für die nächsten vier Jahre in Zürich das Sagen hat. Für uns Schweizer Demokraten geht es darum, nach den schlechten Wahlergebnissen von 1994 und 1998 (jeweils 3,4% der Stimmen und 4 bzw. nur noch 1 Sitz) endlich wieder einen Erfolg verzeichnen zu können. Die Zeichen stehen dafür so gut wie schon lange nicht mehr. In verschiedenen Kommunalwahlen, die Ende 2001 stattfanden, gewann unsere Partei durchwegs Stimmen, so in Baden/AG, Obersiggenthal/AG und Köniz/BE. **Ein deutlicher Aufwärtstrend ist also erkennbar.** Am 3. März findet zudem die UNO-Abstimmung statt, welche vor allem die patriotisch denkenden Wählerschichten mobilisieren dürfte. Die Zürcher Wahlen bleiben aber trotzdem eine schwere Aufgabe für uns. In grossstädtischen Verhältnissen ist der Wahlkampf vor allem eine Materialschlacht, und da sind wir natürlich als Partei der einfachen Leute von vornherein im Nachteil. Diesen müssen wir mit noch mehr Einsatz wettmachen! Bei den Standaktionen hören wir fortlaufend, dass wir recht hätten

und unbedingt so weitermachen sollten. Wenn all die vielen Bürger/innen, die sich so äussern, auch an die Urne gehen und die Liste 6 (Schweizer Demokraten) einlegen würden, wären wir eine grosse Partei! Doch leider sind manche Menschen zu bequem zum Stimmen oder haben am Wahltag schon wieder vergessen, dass sie die SD wählen wollten. Andere gehen nicht mehr wählen, weil sie der Überzeugung sind, dass dies ja sowieso nichts nützen und «die da oben» doch machen würden, was sie wollten. Diese Mitbürger/-innen übersehen, dass sie es den Regierungsfilz-Politikern mit ihrer Stimmabstänzen überhaupt erst ermöglichen, sich aufzuführen, als wäre die Schweiz ihr Eigentum.

### Die Faust im Sack machen nützt nichts!

Wir müssen jetzt die vielen Schweizer/-innen, die von der Überfremdung und Übervölkerung, der Verbetonierung und Verschandelung der Heimat die Nase voll haben,

*Fortsetzung Seite 10*

## Zürcher Gemeinderatswahlen

Fortsetzung von Seite 9

für die Wahlen mobilisieren. Wichtig ist auch, sie vor den **Rosstäuscher-Methoden** der SVP zu warnen. Diese Partei gibt sich patriotisch, aber im politischen Alltag ist es damit nicht weit her. Dort geht es vor allem darum, dass die Reichen weniger Steuern bezahlen müssen und ... genügend Ausländer einstellen können. Ein Münsterchen gefällig? Da ist es, aus dem Gemeinderatsbericht in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 22. November 2001:

... die Antwort. Rolf A. Siegenthaler (svp.) bedauert, dass das Gewerbe nicht genügend ausländische Mitarbeiter anstellen kann. Lohndumping ist nur im un...  
...ema. Die...ungen A...

Dieser Herr Siegenthaler will für die SVP Stadtpräsident werden. Darum reist er an unzähligen Veranstaltungen herum und wettet gegen die Überfremdung. Nachher, im Rathaus, da tönts dann schon ganz anders. Solche Politiker verdienen unsere Stimmen nicht.

Auch Sie können mithelfen, dass die Wählerschaft noch rechtzeitig merkt, auf wen man sich wirklich und allezeit verlassen kann. Reden Sie mit Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen und überall, wo sich eine Gelegenheit dazu ergibt, über die Wahlen, und empfehlen Sie den Leuten, auch für die Schweizer Demokraten zu stimmen. Das ist wirksamere Propaganda als die schönsten, teuersten Prospekte und Inserate!

## Wahlerfolg in Dietikon!

(jhd) In Dietikon hat sich anlässlich der Zürcher Kommunalwahlen der erste Erfolg für die Schweizer Demokraten eingestellt. Markus Alder ist auf einer SD-Liste mit 437 Stimmen **Markus Alder** ins Stadtparlament gewählt worden. Alder hat auch für den Stadtrat, das ist die Gemeindeexekutive, kandidiert, selbst für das Stadtpräsidium. Für den Stadtrat erreichte er sogar noch mehr Stimmen als fürs Parlament, nämlich 443. Selbstverständlich reichte dies für eine Wahl, die nach Majorzsystem erfolgt, nicht aus. Aber immerhin! Für das Stadtpräsidium erhielt Alder 220 Stimmen. Wir beglückwünschen Markus Alder zu seiner Wahl und danken ihm und der ganzen Sektion für den grossen Einsatz im Wahlkampf. Der Erfolg beweist wieder einmal, dass es sich auszahlt, auch



für ein Exekutivamt zu kandidieren, wenn die Umstände für eine solche Taktik günstig liegen. Der Erfolg ist umso bemerkenswerter, als es in Dietikon noch keine SD- beziehungsweise NA-Tradition gibt. Die Partei war dort auf Gemeindeebene noch nie aktiv! Die Zustände in Dietikon schreien allerdings auch zum Himmel. Der Ausländerbestand beträgt 40 Prozent (!) und auf dem Zentralschulhausplatz wird mit Drogen gehandelt und werden die SchülerInnen und Schüler von Verbrechern erpresst. Die örtliche SVP ist nicht auf Blocher-Kurs und taugt deswegen kaum etwas. Selbst die örtliche FDP hat vernünftigeren Ansichten zum Problem der bevölkerungsmässigen Überfremdung. Keine andere Partei, ausser die SD, hat im Wahlkampf den grossen Ausländerbestand auch nur erwähnt! Die Sektion hatte nur wenig finanzielle Mittel zur Verfügung und hatte für den ganzen Wahlkampf weniger als 2000 Franken ausgegeben.

Kanton Zürich, Bezirk Uster

## «Gruppenbild mit Dame»



**Die Spitzenkandidaten für einen Sitz im Dübendorfer Stadtparlament. Von links nach rechts, sitzend: René Bättig, Elisabeth Cafilisch, Dr. Jean-Jacques Hegg; stehend: André Bättig, Rolf Hertach, Walter Burkhalter, Fritz Woernhard**

## Stoppt die Entschweizerung Zürichs!

Wählt Liste **6** **SD**   
Schweizer Demokraten

Registrierung für gleichgeschlechtliche Paare im Kanton Zürich?

## Referendum lanciert

**Am 21. Januar 2002 hat der Zürcher Kantonsrat das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare mit 93 zu 43 Stimmen angenommen. Da der Rat es versäumt hat, das Gesetz auf den Antrag von Stefan Dollenmeier (edu, Rütli) hin freiwillig der Volkabstimmung zu unterstellen, hat sich ein Referendumskomitee gebildet, das entschlossen ist, diesen wichtigen moralischen Markstein vom Stimmvolk entscheiden zu lassen.**

In der Abstimmung haben sich die beiden SD-Kantonsräte Rolf Boder, Winterthur, und Hans Jörg Fischer, Egg, zusammen mit Stefan Dollenmeier (edu, Rütli), drei EVP-Kantonsräten und der Mehrheit der SVP-Fraktion gegen das Gesetz ausgesprochen. In der vorausgehenden Diskussion gegen die Befürworter der Linken, der Mitte und der FDP, kämpfte an vorderster Front neben Dollenmeier auch Johann Jucker (svp, Neerach), leider aber ohne Erfolg. Auch das Behördenreferendum, welches von mindestens 45 Kantonsräten unterschrieben werden muss, kam bedauerlicherweise nicht zustande.

Das Referendumskomitee besteht aus Persönlichkeiten verschiedener Parteien und Bürgerbewegungen. So ist z.B. auch der ehemalige SD-Nationalrat Hans Steffen, Fischenthal, vertreten. Er ist der Ansicht, dass gleichgeschlechtlicher Verkehr der Schöpfungsabsicht widerspricht und damit nicht mit der biblischen Ordnung vereinbar ist. Nach seiner Auffassung wird mit der im Gesetz geregelten staatlichen Anerkennung die gleichgeschlechtliche Partnerschaft mit der Ehe praktisch gleichgestellt. Laut Steffen ist es aber die Aufgabe des Staates, die heterosexuelle Ehegemeinschaft und damit die Familie bestehend aus Vater und Mutter besonders zu fördern und zu schützen.

Das Referendumskomitee macht namentlich folgende Gründe geltend, warum es das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare bekämpft. Das Komitee ist der Ansicht, dass die Nahezu-Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit der Ehe, die Ehe und Familie in unserer Gesell-

schaft schwächt. Dass homosexuelles Empfinden und Verhalten von Verfassung und Gesetz gestattet ist, dass aber daraus kein Anspruch auf staatliche Anerkennung einer homosexuellen Partnerschaft abgeleitet werden kann. Dass Homosexualität der Schöpfungsordnung widerspricht und darum nicht staatlich anerkannt werden darf. Dass homosexuelles Verhalten weder «gottgewollt» noch eine «Schöpfungsvariante» ist, und dass zahlreiche Beispiele belegen, dass homosexuelles Verhalten heilbar ist. Steffen lehnt die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe auch aus erzieherischen Gründen ab. Die von gleichgeschlechtlichen Paaren ausgeübte Sexualpraxis fördert, vor allem bei männlichen Paaren, die Homosexualität allfälliger Kinder solcher Paare, was für Steffen nicht wünschenswert ist.

Kantonsrat Rolf Boder (sd, Winterthur) wehrt sich vor allem gegen das Gesetz, weil es ausländischen Partnern einer registrierten homosexuellen Partnerschaft gleiches Recht z.B. bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer sowie im Sozialhilfegesetz gewährt wie Schweizer Bürgern.

Nach Ansicht von Kantonsrat Hans Jörg Fischer (sd, Egg) ist eine staatliche Registrierung von gleichgeschlechtlichen Paaren für deren Zusammenleben unnötig. Besondere Abmachungen für den Todesfall des Partners oder die Aufteilung des gemeinsamen Besitzes bei Trennung könnten jederzeit mit einem Vertrag geregelt werden.

## Ihre Unterschrift zählt!

Im Kanton Zürich wohnhafte Stimmbürger können das Referendum mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Unterschriftenbogen sind erhältlich bei: «Komitee gegen die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare», Postfach 156, 8634 Hombrechtikon, Tel. 079 216 03 16, Fax 055 244 39 02

KGRGP@freesurf.ch oder auf dem SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: sd-ds@bluewin.ch  
Daniel Suter, Hombrechtikon

**JSD  -Standpunkt**

**Gegen Jugendgewalt**

Postulat von Patrick Blöchliger

Der Stadtrat wird gebeten, die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Opfer gewalttätiger Übergriffe von Jugendbanden zu prüfen.

**Kurzbegründung:**

In Zürich treten immer häufiger Gruppen von Jugendlichen, v.a. von solchen aus einem kulturellen Umfeld mit traditionsgemäss hoher Gewaltbereitschaft, in Erscheinung, welche ohne jeglichen Grund oder aus nichtigem Anlass Passanten – andere (insbesondere einheimische) Jugendliche, aber auch ältere Bürger/-innen – anpö-

beln oder gar zusammenschlagen. Viele Opfer erstatten keine Anzeige, weil sie davon ausgehen, dass dies sowieso nichts nütze, weil sie ein langwieriges Verfahren scheuen oder auch weil sie erneute Gewalttaten befürchten. Eine niederschwellige Anlauf- und Beratungsstelle könnte die Opfer solcher Delikte ermuntern, konsequent Anzeige zu erstatten.

Damit würde es auch möglich, gegen die Täter rascher und wirksamer vorzugehen und ihnen damit klarzumachen, dass Pöbeleien und Gewalt auf Zürcher Strassen nicht geduldet werden.

**Das Elsass brennt**

Eine Mahnung für die Schweiz



*Peter Bühler,  
Stadtrat und  
SD-Kantonal-  
präsident,  
Bern*

**«Quelle beau jardin!» soll der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. ausgerufen haben, als er von der Zauberer Steige aus auf Elsass-Lothringen blickte. Er sah auf ein Land von leicht geschwungenen Hügeln, von üppig bewachsenen Ebenen mit breiten, gemächlich dahinfließenden Strömen. Welch schöner Garten! Die französischen Begehrlichkeiten waren geweckt, das von einem den Allemannen verwandten Volksstamm besiedelte Land sollte französisch werden. Und ob es nun die französische Reunionspolitik war, der Raubzug Napoleons oder die aus allen kulturellen Fugen geratene Siegerlaune von französischen Grossmachtsträumern, die in Versailles die Saat für einen verheerenden Weltkrieg ausbrachten – Elsass und Lothringen sollten französisch werden!**

Aber die Elsässer waren allemannische Dickschädel. Als im Jahre 1681 Frankreich zum ersten Mal Strassburg besetzte, gab es dort lediglich zwei Katholiken. Natürlich nahm Ludwig XIV. den Strassburgern sofort ihr protestantisches Münster und erwartete, dass die Bürger der Stadt damit ihren Glauben wechselten. Einige taten dies auch. Aber die Mehrzahl blieb

standhaft. Unter ihnen befand sich der angesehene Ratscherr der Stadt Dominikus Dietrich. Seine Weigerung erreichte bis nach Versailles hin Zorn. Man empfing den einflussreichen Mann und versuchte ihn zunächst zur Konvertierung zu überreden. Aber Dietrich wanderte lieber sieben Jahre lang in französische Kerker, als sich dem fremden König zu beugen. Diese historische Anekdote verrät viel über den Menschenschlag eines Gebietes, das wir vor lauter politischer Korrektheit fast zur Gänze aus unserem Bewusstsein gestrichen haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging man noch skrupelloser vor, diesen Landstrich zu französisieren. Man bediente sich der stillen Methode, verfolgte die Menschen und nahm ihnen ihre Kultur, in dem man die deutsche Sprache verbot. Die Schulen durften nicht mehr in der Muttersprache unterrichten und Kindergärten, in denen die kleinen Jungen und Mädchen zwangsweise französisch erzogen wurden, bereiteten die ethnische Säuberung vor.

**Moslemisierung**

Nach der ersten Französisierungswelle in den 50er- und 60er-Jahren kann man bis zum heutigen Tag eine andere perfide Strategie der französischen Politik erkennen, die allen Bemühungen um ein einiges Europa Hohn sprechen. Vom allgemeinen politischen Geschehen unbemerkt, wählte man Elsass-Lothringen aus, um das Einwanderungsproblem in Frankreich zu kanalisieren und damit auch die französische Bevölkerung ruhig zu

stellen. So siedelte man z. B. in Neuhaus, nur vier Kilometer von der Strassburger Innenstadt entfernt, in den letzten Jahrzehnten rund 13'000 Moslems – Afrikaner und Araber – an. Viele Häuser in Neuhaus sind besprüht, die Erdgeschosses sind aus Angst der einheimischen Bevölkerung vergittert. Das Haltestellenhäuschen gegenüber der Polizei ist abgefackelt, schwarzer Russ zieht sich von den Müllcontainern ausgehend an den Hauseingängen hoch. «Bosnien» nennen die Neuhofer den Teil des Viertels. Fast 40 Prozent der Bevölkerung sind Sozialhilfeempfänger. Die Menschen stammen aus 40 Nationen.

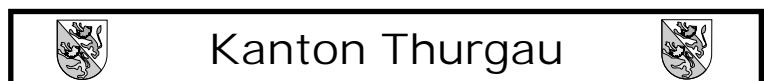
**Hort von Multi-Kulti-Gewalt**

Das Elsass ist längst kein wunderbarer Garten mehr, sondern Hort multikultureller Gewalttätigkeiten, Hort von Gewalt und Angst. Das ganze Jahr über brennen Autos, 1260 allein im letzten Jahr. Jugendliche liefern sich fast wöchentlich Strassenschlachten. Zu Silvester verschlimmert sich die Lage jedes Jahr aufs neue und jedes Jahr nimmt der Kampf der Kulturen, zwischen dem die Elsässer zunehmend aufgerieben werden, an Dramatik zu. Am Jahresende liefern sich einige der sogenannten «banlieus sensibles» (schwierige Vororte) von Strassburg einen Wettkampf: Kronenburg gegen Neuhofer und andere Städte. Wo kracht es am meisten? Allein zum Jahreswechsel wurden wieder einmal allein in Strassburg 44 Autos Opfer der Flammen. Vier Polizisten wurden in Neuhaus verletzt, einer verlor sein Auge, weil ein Moslem aus seiner Wohnung heraus mit einem Schrotgewehr

auf die Polizisten schoss. Man denke einmal, Jugendliche aus der sogenannten rechten Szene hätten in der Schweiz Ordnungshüter derartig verletzt! Die Medien wären wie wild über den Fall hergefallen. Auch in Strassburg wird die Angelegenheit tief gehängt. Die liberal-konservative Bürgermeisterin Fabienne Keller (UDF) meinte: «Die Situation ist nicht unbefriedigend.» Nicht unbefriedigend war die Situation vermutlich für die politisch Verantwortlichen auch im übrigen Elsass. So ereigneten sich im unterelsässischen Dorf Barr eine Reihe von Explosionen. Gegen 3.15 Uhr der Neujahrsnacht war auf der Strasse eine Sprengladung explodiert. Neun Personen wurden verletzt. Schon am Abend zuvor war durch eine weitere Explosion das Elektrizitätswerk beschädigt worden. Schliesslich traf ein weiterer Sprengsatz das Rathaus von Barr.

**Traurige Normalität**

Das sind die Zustände, die wir durch einen von oben verordneten multikulturellen Wahn in Europa als traurige Normalität bezeichnen müssen. Mit dem massenhaften Zuzug von fremden Kulturen haben wir uns in Europa ein Pulverfass geschaffen, das dem des Nahen Ostens nicht unähnlich ist. Die ethnischen Konflikte auch in England zeigen indessen, dass nun die kulturelle Identität ganz Europas auf dem Spiel steht. Insofern mag man hoffen, dass im atemlosen Euro-Taumel auch diese existenziellen Probleme bedacht werden, die die Freiheit der europäischen Völker nachhaltig bedrohen. Das Elsass brennt. Dies sollte eine Mahnung für ganz Europa sein.



Kanton Thurgau

**Bundesrat Deiss auf Abwegen?**

Bundesrat Joseph Deiss spricht immer wieder von 70 Millionen, die eine Mitgliedschaft bei der UNO und damit sein propagiertes «Mitreden» kosten würde. Doch das ist offensichtlich eine Irreführung der Stimmbürger, die vielen auf dem Magen liegt. In verschiedenen Sachartikeln fand sich der Hinweis, dass die Schweiz inskünftig (als Mitglied) auch Kosten der 40 laufenden kriegerischen Konflikte zwischen UNO-Staaten rund um die Welt übernehmen müsse. Dort wurden totale Kosten von 1,4 bis 1,8 Milliarden Franken aufgelistet. Für unsere Basis-Mitarbeit in allen UNO-Organisationen zahlen wir heute etwa 500 Millionen pro Jahr. Damit wären die Kosten bei einem Ja am 3. März nicht 70 Millionen mehr, sondern 900 bis 1300 Millionen Franken zusätzlich! Die 70-

Millionen-Angabe von Bundesrat Deiss wäre dann aber eine gewaltige Irreführung der Stimmbürger! Nationalrat Raggenbass von der CVP nannte sogar 2,3 Mia. Franken in diversen Thurgauer Zeitungen, was Mehrkosten von 1800 Mio. oder 1,8 Mia. Franken bedeuten würde; eine unvorstellbare Täuschung der Steuerzahler vor einer wichtigen Abstimmung. Da muss Bundesrat Deiss ein massiver Vorwurf wegen bewusster Irreführung des Volkes gemacht werden. Logisch ist aber in jedem Fall am 3. März nur ein überwältigendes NEIN!

«TG-Komitee gegen eine völlig undemokratische UNO», Postfach 656, 8501 Frauenfeld (Telefonische Anfragen nimmt das SD-Präsidium entgegen unter 052 765 12 16).

## Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

### Dem Bundesrat fehlt Demokratieverständnis

Die jüngste Meldung aus dem Bundeshaus teilt dem Volk mit, dass sich der Bundesrat und die Verwaltung zukünftig aktiv in Abstimmungskämpfen engagieren wollen. Das heisst Diktatur, die darin besteht, dass die Regierung dem Volk sagt, was es zu denken und abzustimmen hat.

Eine Demokratie dagegen kann nur dann lebendig bleiben, wenn die freie Meinungsbildung von der Obrigkeit nicht unterbunden und, wie es in der Schweiz geschieht, durch massiven Einsatz von Steuergeldern dirigiert wird (bei der EWR-Abstimmung 6,9 Millionen Franken).

Unser Bundesrat, der sich nun aufgerufen fühlt, aktive Meinungsbildung zu betreiben, hat eindeutig ein falsches Demokratieverständnis. Falsch nicht nur deshalb, weil seine Politik die freie Meinungsbildung untergräbt, sondern auch deshalb, weil er sich mit solchem Vorgehen für oder gegen einen Teil der Schweizerbevölkerung stellt und damit einen Keil zwischen die verschiedenen Volksgruppen treibt. Wo jede Diktatur früher oder später angekommen ist, das zeigt die Vergangenheit anderer Völker. Resultat: Krieg oder sogar Bürgerkrieg.

*Margrit Spiess, Sufers*

### Darf eine Religion etwas Unethisches verlangen?

Schon im Alten Testament wird postuliert: «Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst.» Das dürfte wohl in abgemindertem Mass auch für das Tier gelten. Im Koran wird Allah unter 99 verschiedenen Namen genannt, darunter auch als: «Der Liebende, der Barmherzige, der Rechtfühlende, der Schutzgebende und der Mitleidende.»

Es ist nicht vorstellbar, dass weder Jehova noch Allah heute verlangen würde, ein Tier nicht auf die schmerzloseste Art (mit heutigen Mitteln) zu töten. Dass nämlich bei einer Betäubung vor dem Ausblu-

ten weniger Schmerzen verursacht werden, ist jedem einsichtigen, vorurteilslosen Menschen klar. Dazu braucht es keine professionellen Gutachten. Daher sind wir es unserm untergebenen Brudergeschöpf Tier, dass sich unfreiwillig zu unserem Lebensunterhalt opfert, schuldig, es auf die heut humanste mögliche Art zu töten. Alles Gerede, ein Schächtverbot verstosse gegen eine Religion, ist deshalb haltlos. Keine Religion darf etwas Unethisches verlangen und wird es auch nicht tun.

*Ernst Christen, Bolligen*

### Besser ganz aussteigen als UNO-Vollbeitritt «auf Pump»

Weder die UNO noch die EU sind doch für die Schweiz lebensnotwendig, weshalb wir keine weiteren «Fässer ohne Boden» anschaf-

fen sollten, haben wir doch schon die rot-grüne Umweltbewegung aus den 80er Jahren mit 5 bis 7 Milliarden Franken pro Jahr am Hals,

die sich als völlig nutzlos erwiesen hat. Für das weltweit tätige «Rote Kreuz» bedeutet ein ja zur UNO ein nicht mehr gutzumachender Nachteil. Schon ihm zuliebe wollen wir hinsichtlich Neutralität keine Verunsicherung.

Ist es nicht etwas merkwürdig, dass uns der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments seit Jahren dazu drängen, den internationalen Organisationen EU und jetzt UNO beizutreten, obschon wir kein Geld haben. Die Gesamtverschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden beträgt bereits über 210 Milliarden Franken, mit steigender Tendenz, trotz dem kürzlich angenommenen Gesetz über die «Schul-

denbremse». Die Politiker erkennen den Ernst der Lage nicht und propagieren mit fadenscheinigen Argumenten – und das auf Kosten der Steuerzahler – den Vollbeitritt in die UNO mit dem zusätzlichen Aufwand von 75 Millionen pro Jahr. Wenn uns der bisherige «Beobachterstatus» und die Teilnahme in Spezialorganisationen keine erkennbaren Gegenwerte erbracht haben, wäre es doch eher ein Gebot der Vernunft, ganz aus der UNO auszusteigen, jedenfalls bis die Finanzen unseres Landes wieder im Lot sind. Die derzeitigen «argentinischen Verhältnisse» sollten uns eine Mahnung sein.

*Albert Stocker, Riniken*

### Multi-Kulti-Schulen

In der Schweiz leben Bürger aus 177 verschiedenen Nationen. Jeder fünfte Einwohner ist Ausländer. Der Geburtenüberschuss der ausländischen Wohnbevölkerung ist viermal höher als derjenige der Schweizer. Trotz diesen erschreckenden Zahlen sieht man beim Bundesrat und Parlament (Volksvertreter?) keinen Handlungsbedarf. Sämtliche Anträge zur Begrenzung der Einwanderung wurden mit grosser Mehrheit abgelehnt. So wird es wohl leider auch weitergehen, bis es zu spät ist...!

Infolge des enormen Ausländerzustroms werden Schweizer Kinder in unseren Schulen vermehrt benachteiligt und diskriminiert. Es gibt Klassen, die bestehen zu 2/3 aus Ausländern. Doch wenn sich mal ein Schweizer Kind zu diesem Problem zu Wort melden möchte, wird es von den meist linken Lehrern und Lehrerinnen «manipuliert».

Ich schreibe aus Erfahrung! Ich wurde schliesslich auch schon als Rassist beschimpft, nur weil ich die Lehrerschaft auf die Türkenbanden aufmerksam machte, die den meist viel jüngeren Schweizer Kindern mit Prügel drohten, falls sie ihnen keine Pausenbrote mehr mitbringen würden. Aber das ist eine andere Geschichte. Auf unserer Schule wurden wir als «Ausländer» behandelt. Denn diese bedauernden Minderheiten würde doch nie im Leben etwas Unsittliches anstellen. Die doch nicht!

Deshalb bin ich ganz klar für getrennte Schulklassen, denn diese Multi-Kulti-Schulen zerstören unsere nationale Identität! Dieser Leserbrief hat nichts mit Rassismus zu tun, sondern mit der Tatsache, ein Problem erkannt zu haben, das es schnellstmöglich zu lösen gilt. Wer schweigt, stimmt zu!

*Michel Goetschi,  
Oberwil bei Büren*

### Der grosse Zorn!

Was seinerzeit dem Kommunismus angelastet und mit Recht als menschenunwürdig kritisiert wurde, dieses System wird nun in der Schweiz mit Erfolg praktiziert; nämlich die sogenannte Gehirnwäsche: Parteipolitisch gefärbte Ideologen scheuen kein Mittel um der Bevölkerung einzureden, dass der UNO-Beitritt ein unbedingtes Muss sei. Dabei zu sein um mitzubestimmen, als sei die UNO darauf erpicht, unsere Meinung auch nur anzuhören, geschweige denn, darauf auch noch einzugehen.

Was die Schweiz als UNO-Mitglied interessant macht, das ist ihr Geld, und sonst gar nichts. Seit Jahrzehnten wird das Land von allen möglichen Institutionen bearbeitet, werden ihm Schuldkomplexe eingeimpft und damit die Zahlungswilligkeit angestachelt. Nun kommen sogar noch die Berner; ein seit neuestem sehr armer Kanton! Hat kein Geld um zum Beispiel der Swissair oder

der an deren Stelle neu zu gründenden schweizerischen Luftflotte unter die Arme zu greifen. Gleichentags hocken die Berner SVP-Leute aber zusammen, beschliessen mehrheitlich ein Ja zum UNO-Beitritt. Paradoxe geht es kaum mehr! Doch aber im Kanton Bern: Als sich in den Medien die Nachricht verbreitete, dass der Kanton Bern zu den ärmeren Kantonen der Schweiz zählt, da wurde Bern als Kandidat für Olympia 2010 nominiert. Dummheit und Stolz wachsen auf gleichem Holz!

Ein Land, das einem ganzen Drittel der Landwirtschaft die Existenz abzuspochen wagt und dabei Geld hat um einen ineffizienten aber teuren Debattierklub beizutreten, ein solches Land kann höchstens noch einem Diplomaten Heimat bedeuten. Diese sind es ja auch, die sehnsüchtig auf einen lukrativen Sessel in der UNO warten.

*Paul Läderach, Steffisburg*



## ONU: le dilemme!

Grande est la tentation de voter «oui» le 3 mars: union des Nations, engagement pour la paix, égalité des droits des peuples... Qui ne pourrait souscrire à la force morale de tous ces principes?

Mais pourtant... l'ONU est injuste dès sa création par le droit exorbitant et antidémocratique de veto que se sont arrogé les cinq membres permanents du Conseil de sécurité, consécration du droit du plus fort. L'institution existe en fait par et pour les grandes puissances – et l'histoire a toujours montré qu'un grand pays, à forte population, supérieur économiquement et militairement, a toujours conduit une politique d'hégémonie.

La réalité est là: qui décide aujourd'hui du bien et du mal, de la paix et de la guerre? Les Etats-Unis surtout, la Russie et la Chine peut-être, quitte à demander après coup l'aval de l'ONU. Combien de décisions, de recommandations, de résolutions votées par l'Assemblée

demeurent lettre morte à cause d'un veto ou de la mauvaise volonté de quelque Etat! En fait, les conflits se règlent toujours entre grandes puissances par-dessus la tête de l'ONU.

Voter «non» ne serait pas rater «l'ouverture au monde» comme le prétendent certains: la Suisse participe à une cinquantaine d'organisations internationales et contribue très généreusement à leur fonctionnement. Imaginer qu'une adhésion à l'ONU permettrait à notre petit pays de faire entendre sa voix à Manhattan est tout simplement illusoire: comment pourrait-il infléchir une organisation au point de faire supprimer les inégalités du droit de veto et de la politique du fait accompli? Reste enfin la question essentielle de la neutralité, pilier de notre indépendance non seulement militaire, mais aussi politique et économique. Cette neutralité est garante de la cohésion intérieure d'un Etat aux langues, cultures et sensibilités



différentes. Son abandon pourrait conduire à un éclatement du pays à cause de divergences profondes entre groupes de cantons lors d'un diktat de l'ONU à l'égard de pays tiers.

Ce n'est pas arrogance de rester seuls, de refuser une organisation manipulée par une ou deux gran-

des puissances. Notre population est la seule au monde à être consultée démocratiquement au sujet d'une adhésion à l'ONU. Pour garantir son unité et dénoncer l'injustice des «maîtres du monde», souhaitons qu'elle exprime un «non» motivé et résolu.

*Georges Kliebès*

## Trois fois Non à l'ONU

Le peuple suisse sera appelé à se prononcer pour ou contre l'adhésion à l'ONU. En tant que Suisse, chrétien d'origine palestinienne, je voterai ce jour-là NON, NON et NON, pour trois raisons:

1: L'ONU est composée de deux organismes:

– L'Assemblée générale: elle comprend tous les pays du monde sur un pied d'égalité, mais ses compétences se limitent à des bavardages inutiles.

– Le Conseil de sécurité: il est composé de dix membres non permanents qui servent de décor, et de cinq membres permanents qui décident de tout: l'USA (qui ne paie pas ses cotisations!), la France, la Grande-Bretagne, la Russie et la Chine. Ces cinq membres sont les principaux exportateurs d'armes dans le monde. Inutile donc de dire que leurs décisions sont prises non pas pour la sauvegarde de la paix, mais pour la sauvegarde de leurs intérêts égoïstes.

2: En raison de la structure non démocratique des Nations Unies, cette organisation a été amenée à prendre des décisions qui sont contraires à ses objectifs initiaux. Pour ne citer que la région dont je suis originaire, l'ONU est responsable de centaines de milliers de morts et

de dix fois plus de blessés. Il faut y ajouter la destruction de 385 villages palestiniens et la création de 61 camps de concentration où sont entassés des centaines de milliers de réfugiés palestiniens comme du bétail depuis plus d'un demi siècle. L'ONU a les mains plongées dans le sang des enfants jusqu'aux coudes. Elle est coupable, directement ou indirectement, de nombreux crimes de guerre et de crimes contre l'humanité. Adhérer à l'ONU signifie être complice des crimes commis par cette organisation. Les Suisses qui désirent participer à l'effort de paix ont mille et une manières de manifester leur solidarité avec les frères humains sans nécessairement devenir complices des crimes de l'ONU.

3) L'ONU, tôt ou tard, devra fermer boutique en raison de sa faillite morale et financière. Or, toute femme et tout homme intelligents évitent de monter dans un train qui va au dépôt. Adhérer à l'ONU obligera la Suisse à participer au paiement de la débâcle économique de l'ONU. Cela coûtera bien plus cher que la débâcle de Swissair. Les Suisses seront alors la vache à lait de l'ONU. Trop c'est trop.

*Sami Aldeeb, dr en droit Chrétien d'origine palestinienne, St-Sulpice*

## Le Piloni

### Esclavage moderne sur les océans

En ce troisième millénaire nous revenons au temps de l'esclavage, ou plus exactement, nous y sommes revenus déjà au siècle passé. Non seulement en l'an 2000 il y a eu les catastrophes de l'Exxon et autres pétroliers assassins qui ont tué des milliers d'oiseaux et de mammifères aquatiques, qui ont pollué les plages, les rochers et détruit la flore sous marine, mais plus grave, ce dont on n'a parlé que vaguement, il y a eu les naufrages de carcasses pourries que des armateurs peu scrupuleux ont abandonnées avec leur équipage sur la route du retour, dans beaucoup de ports autour du monde.

Ces marins originaires d'un peu partout, ont été menacés, s'ils portaient plainte auprès de syndicats maritimes, de ne plus revoir leurs familles et sans papiers valables, sans ressource puisqu'ils n'ont pas reçu leurs soldes, et sans aide juridique, donc abandonnés, sont à la merci d'associations caritatives qui les entretiennent à bien plaisir et tributaires de la bonne volonté de riverains compatissants.

Comme ces navires, futures épaves programmées, voguent sous pavil-

lons de complaisance, comme celui du Libéria, ou ceux de la Colombie et du Venezuela, il est quasiment impossible de remonter au véritable propriétaire et les recours quels qu'ils soient, tombent dans l'oubli du temps et l'impuissance d'une justice dont les lois maritimes sont mal ficelées. Je voudrais en ces premiers jours de l'an neuf, envoyer à ces hommes perdus, mes vœux pour que leur situation s'améliore, et qu'enfin ces grandes institutions aux noms prestigieux comme l'ONU avec ses droits de l'homme comme étendard, ou l'OMC supposée organiser le commerce mondial (dont le transport maritime fait partie, ce me semble) ou le FMI et la BM qui disposent de tant d'argent, prennent en considération cet esclavage moderne honteux et que les nations s'occupent mieux des exportateurs et importateurs ayant recours au transport maritime pour suivre à la trace les responsabilités, quitte à promulguer des lois plus sévères et des dédommagements plus importants.

Comment peut-on oublier de parler dans nos médias à l'affût de scoops scandaleux, de ces hommes qui attendent en vain un secours dans un port au fond d'un bassin perdu? *Octopus*

## Drôle de mondialisation

Grâce à cette mondialisation qui se met inexorablement en place, on aurait pu s'attendre à plus d'équité dans tous les domaines, mais hélas! les discriminations de plus en plus criantes s'installent entre riches et pauvres, forts et faibles, et le sommet de cette pyramide à l'envers, c'est le nerf des communications qui souffre le plus.

Ainsi est-ce la paresse ou l'inféodation à la pensée unique qui poussent nos médias à se copier les uns, les autres, aux mêmes moments, et dans la même optique. A part les chaînes CNN et BBC qui «essaient» de faire quotidiennement le tour du monde, oubliant quand mé-

me systématiquement à des moments précis, ce qui les dérangeant, les responsables des autres médias, surtout en Suisse et en France, sont tristement médiocres. Si la tendance est d'oublier la Tchétchénie, c'est le silence organisé par tous.

Il y a pourtant chaque jour des exactions dont le monde entier devrait entendre parler: les attentats meurtriers en Afrique du Sud, le génocide des paysans blancs au Zimbabwe, la guérilla de Savimbi, les décapitations et lynchages dans les pays du Golfe, la traite des femmes au Yémen, les pédophiles qui prolifèrent et dont les noms devrai-

ent être inscrits en lettres de feu partout, etc. etc.

Donc, conclusion, la mondialisation reste partielle et partielle. Elle n'existe que dans les bourses qui calculent à l'envi le profit de ceux qui les soutiennent, ruinant sans scrupule les maillons faibles. C'est un mythe incarné par la statue du Veau d'Or dont la Bible dénonce les méfaits et qu'il faudra détruire un jour comme les bouddhas de Bamiyan, qui ont entraînés en se désagrégant, la chute des Talibans aux mœurs obscènes et inhumaines.

En Occident, ce ne sont pas des statues, mais des pirouettes de plus en plus idiotes de nos socialo marxistes qui sous couvert de mondialisation, à coups de traités plus absurdes les uns que les autres, essaient d'embobiner l'esprit, le cœur et la raison

des citoyens du monde! Heureusement que pour quelques uns d'entre eux, il est difficile de leur faire prendre des vessies pour des lanternes. A bas le mondialisme masqué.

Mary Meissner

**ONU: le Conseil fédéral veut à tout prix nous aligner!**

**L'originalité fait-elle peur?**

**VOTEZ NON**

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

**ABONNEZ-VOUS**

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des Démocrates Suisses** **DS**

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

**Rédaction:**  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

## Une juive marocaine ose parler dans nos médias de l'identité

Nelly Wenger d'Expo 02 emploie tous les clichés pour fustiger les Suisses, (population et autorités comprises), puisqu'elle a été déléguée pour concocter NOTRE exposition nationale, par une bande de farfelus alternatifs et choisie justement parcequ'un ou une vraie Suisse(ss) aurait loué les qualités qui font qu'on est suisse ou qu'on ne l'est pas. Malheureusement, ces responsables d'événements culturels ont la cote (surtout si elle est de gauche), même s'ils ont été vertement critiqués lors de l'expo de Séville qui criait au monde entier que «La Suisse n'existe pas». Nelly Wenger, elle aussi, estime qu'il n'y a ni pays, ni peuple suisse. Elle fait de l'identité nationale son cheval de bataille (sa principale perspective étant le multiculturalisme, c.à.d. l'aculture) et prétend qu'elle n'a rencontré personne à ce jour pour avoir pu prouver ce qu'est «être suisse». Où a-t-elle cherché? Pas chez moi, car non seulement en tant que juive et marocaine il lui est absolument impossible de se mettre à MA place, car je suis suisse de cœur depuis plus de 80 ans, chrétienne de religion et occidentale de culture et il n'est pas besoin d'être grand clerc pour comprendre clairement où sont les différences.

La première de celles-ci, pour faire plaisir à tous ceux qui disent «Pas d'argent, pas de Suisses», est le fait que Nelly la Juive, dépense sans

compter l'argent qui ne sort pas de sa poche, et elle place le contribuable devant le fait accompli par un subtil chantage. «Je me suis basée sur VOS promesses ORALES de paiement pour établir MON budget, vous êtes responsables en bloc, voulez-vous passer maintenant pour les dindons de la farce?» Elle dit VOUS pas MOI, je ne veux pas être le dindon de MA farce. Donc Nelly vient de cumuler ses qualités comptables innées avec celles des Suisses, c'est pourquoi chantons la valse des millions! Mais dans ce contexte, un Suisse aurait su calculer à l'avance et se prémunir à l'avance de la réalité des promesses faites, tandis que l'on sait l'incapacité des peuplades du désert à construire des banques sur leurs dunes, ne serait-ce que pour ne pas mourir de soif. La seconde de celles-ci, je viens de la toucher du doigt. Un vrai Suisse ne se laisse pas mourir de soif. Il se tue à la tâche pour produire des jus de fruits, fermentés ou pas. Nelly n'a même pas pensé à nos cathédrales viticoles qui embellissent nos coteaux, et nos vergers fleuris perdus aux confins de nos vallées.

La troisième réalité oubliée sciemment, c'est l'amour du travail et le refus des 35 heures à la française. Avez-vous vu des maghrébins se tuer à la tâche pour avoir des installations et constructions adéquates, ponctuelles, fonctionnelles et respectant les droits de l'homme jusque dans les moindres détails incluant les toilettes publiques? J'ai beaucoup voyagé en Tunisie, Algérie, Maroc et Egypte. Je sais de quoi je parle. Mais cela est aussi une question d'identité.

La quatrième réalité, qui fait totalement défaut en Afrique et dans le monde en général, malgré les corcos de l'ONU, (où nous refusons d'entrer à ce jour), c'est la li-

berté de décision du peuple, grâce à la démocratie directe, la liberté de pensée, de foi et de sexualité. C'est l'originalité et l'invention dans l'horlogerie, le chocolat et les fromages dont le Gruyère a reçu l'AOC européen.

La cinquième réalité, c'est la recherche universitaire, financière, humanitaire dont Henri Dunant et le Dr. Schweitzer, ainsi que d'autres prix Nobel de mathématique et d'astronomie dont j'ai oublié le nom, ont fait progresser la science, ainsi que la mise au point de médicaments antiviraux.

La sixième réalité est la coopération internationale qui a permis aux Américains d'avoir leur Golden Gate à San Francisco, et ailleurs dans le monde, et la précision de nos instruments qui ont été implantés jusqu'à Cap Canaveral dans les fusées spatiales, petites choses terrestres inventées ou construites par des Suisses.

La septième qualité suisse, ce sont ses montagnes et leurs pentes neigeuses, ses champions de ski, descriptions que je laisse à OGI le soin de faire les louanges et que naturellement une marocaine ne peut comprendre.

Et Nelly veut montrer quoi? De l'éphémère alors que nous aimons le concret, des artifices culturels, alors que les Suisses n'excellent pas spécialement dans les arts non existentiels, des bulles d'air et des gouttes d'eau nuageuses qui sont programmées pour disparaître. En somme, cette Marocaine sans culture particulière, cette personne multiculturelle sans racine, ce personnage anticonstitutionnel se permet de jeter aux orties les spécificités de la Suisse pour prôner le mondialisme atone, aphone et bariolé. Je dis NON MERCI.

Maria de Seimners

**La Suisse verse xxx millions par année à l'ONU ...si elle adhère, elle en paiera trois fois plus!**

**VOTEZ NON**

## Le Pilon

### L'usage inopportun de nos impôts

Il est je pense inutile de préciser que 50 interventions sont programmées pour que nos conseillers fédéraux aillent haranguer les foules afin de les convaincre de voter oui à notre soumission à l'ONU. Ils ont paufinés leurs arguments omettant systématiquement les etocs pointus et meurtriers qui se cachent sous les vagues houleuses chahutant le navire ONU. Le conseiller Joseph Deiss a été désigné pour jouer le 50% de ce rôle de composition concocté par les 7 (non) sages. Déjà 1.2 million ont été dépensé en 2001 pour soutenir les efforts de ce grand théâtre de marionnettes. Il reste encore 800.000 francs à dépenser jusqu'en mars pour mettre la gomme et nous n'avons pas fini de déguster à tout instant et n'importe où dans les médias, les affirmations partiellement mensongères des magnifiques bienfaits qui nous attendent si nous écoutons les sirènes gonflables qui se précipitent comme les moutons de Panurge sur les rocs tranchants.

### Nos finances vont bien, Madame la Marquise

Depuis que tant d'argent est dépensé tous azimuts pour soutenir des actions refusées silencieusement par la majorité du peuple suisse, il y a de drôles d'informations concernant les finances fédérales et cantonales. Alors que pour faire passer la pilule des bilatérales le grand argentier avait certifié que nous étions dans les chiffres noirs à hauteur de quelques milliards (ceci après nous avoir fait le coup de déficits catastrophiques) ne voila-t-il pas qu'il remet ça. On dirait qu'en nous informant qu'il n'y aura que 850 millions encaissés par nos impôts en 2002, tout en ayant à faire face à un déficit de 3 milliards, est-ce que monsieur Villiger joue en bourse ou au billard? Nous prend-il pour des demeurés mentaux? Nous prépare-t-il à un coup de Jarnac pour augmenter la TVA ou nos impôts? Cela veut-il dire qu'il est tellement sûr que le peuple et les cantons vont voter oui à l'ONU, qu'il y aura impérativement la nécessité d'avoir des liquidités en vue de notre participation très onéreuse et obligatoire (nous ne sommes pas les Etats Unis) à cet organisme boulimique et quasi inutile. Les bla-bla-blas internationaux coûtent chers!

### La triste mentalité des squatters

Voilà une tranche de la population qui se fiche pas mal des devoirs légaux et de la déontologie nécessaire à une paix urbaine. Revenant aux squatters de la Faucille, j'ai lu leurs insultes après leur expulsion:

«Nous rejetons tout simplement ce modèle de société qui exige que l'on travaille huit heures par jour pour enrichir des propriétaires. De toutes manières nous ne voulons pas payer de loyer du tout. Le logement gratuit doit être un droit fondamental pour tous.» Pour les travailleurs qui sont corrects et paient leurs dettes, c'est une insulte.

Mais ce qui est plus grave, c'est que ces gens quels qu'ils soient (clandestins, réfugiés ou enfants non éduqués par nos écoles parfois trop laxistes) font preuve d'une arrogance qui n'a d'égal qu'un égoïsme forcené. En somme, ils voudraient que les maçons, les architectes et les entrepreneurs érigent des maisons gratuitement pour qu'ils puissent y habiter en invités permanents. Et si ces ouvriers refusaient de construire quoi que ce soit, où iraient loger les squatters?

Il est grand temps que nos autorités prennent le taureau par les cornes et ne mettent plus de gants avec ces gens là, qui, étonnement, lorsqu'ils sont mis dehors, trouvent à se loger décentement ailleurs, ou retournent chez leurs parents.

### Nous sommes empoisonnés en douce

Malgré nos protestations véhémentes et les arrachages furieux soi-disant illégaux de champs d'OGM, on trouve dans presque tous nos aliments des résidus d'organismes génétiquement modifiés qui peuvent à la longue, être dangereux pour notre santé. D'ailleurs dans certains cas on considère qu'ils portent gravement atteinte au bon fonctionnement de la nature, en tuant des insectes utiles et en transformant des défenses immunitaires en vecteurs de nouvelles maladies.

L'Institut national de la Consommation en France a testé 103 produits vendus dans les grandes surfaces afin de détecter la présence de maïs ou de soja génétiquement modifiés, et dans une proportion de 44%, rien n'est indiqué sur les emballages. Ainsi il est confirmé que si le taux de 1% de produits génétiques n'est pas dépassé, la loi n'exige en France comme en Suisse, aucune obligation de mentionner sur les étiquettes d'aliments pour animaux et êtres humains. J'ai l'impression qu'on nous ment délibérément, puisque le genre humain et la gent animale sont devenus malgré eux des cobayes au profit des transnationales qui encaissent des milliards grâce à la détérioration/en douce/de tous les organismes vivants, due à la mal bouffe.

### Restons sur une question de faim

Je lis dans la presse que les Kosovars ont faim de papiers. Il n'est

donc pas suffisant de mettre la bouffe en avant pour nous empoisonner le corps, mais on prône urbi et orbi la boulimie des étrangers, Kosovars ou autres aussi, qui veulent manger notre liberté, notre esprit helvétique et notre façon de vivre. Pour ce faire, ils n'hésitent pas à manifester, faire des grèves de la faim et occuper églises et autres bâtiments administratifs. Et nos autorités laissent faire. Si de tels individus agissaient de la sorte au Moyen Orient ou aux Philippines, il y a belle lurette que les islamistes (pardon musulmans) les auraient déboutés, charcutés ou affamés. Donc, il serait plus logique d'entendre parler de faim pour une juste cause et pas pour agir comme des envahisseurs sans conscience. On doit respecter les manières de vivre des hôtes que l'on squatte.

### La cerise sur le gâteau totalitaire américain

Washington se présente aujourd'hui comme un rempart contre le terrorisme. Et puisque le monde entier a fait allégeance à Bush en lui donnant raison d'avoir réüssi son superbe coup de poker new-yorkais, il n'y a aucune raison de lutter contre tant de déraison.

Partant du constat selon lequel le terrorisme international prend appui sur les Etats et du principe selon lequel chaque Etat doit se définir par rapport au terrorisme, les Etats Unis estiment qu'il est de leur devoir de s'opposer PAR TOUS LES MOYENS à la prolifération des armes de destruction massives. Alors il est devenu logique de décider quels sont les empêcheurs de tourner en rond, sous le prétexte que certains Etats sont voyons ou pas. Ainsi, comme cela les arrange, les USA ont désignés devant la Conférence de l'ONU à Genève que la Corée du Nord et l'Irak sont potentiellement dangereux, car ils montrent des vellétés de se doter d'armes nucléaires. Or, les gendarmes du monde n'autorisent qu'à cinq Etats d'avoir ce genre d'armes: Les Etats Unis, la Russie, la Chine, la Grande Bretagne et la France. Le reste du monde est vassalisé.

Ce qu'il y a de curieux, c'est que trois Etats restent en dehors du contrôle général, soit: ISRAEL, le PAKISTAN et l'INDE, pour les raisons que l'on connaît: (apparemment religieuses, support militaire et réservoir potentiel malléable) qui ont déjà l'arme nucléaire. Le totalitarisme n'est décidément pas impartial et nous devons nous attendre à de dangereuses surprises.

### Temps présent du 17 janvier 02 sur les musulmans en Helvétie

Le chapitre précédent me remet en mémoire quelques phrases prononcées par un musulman qui tournait le dos à la caméra et qui contredisait les propos lénifiants de l'imam Ramadan, ainsi que de

**Refusons la coûteuse inutilité de l'ONU!**

**VOTEZ NON**

quelques illuminées de nationalité suisse s'étant converties à l'islam.

Ainsi les propos qui m'ont le plus bouleversé, rappellent qu'aussi bien en France, en Angleterre qu'en Suisse où nous avons accueilli une communauté de 450'000 musulmans, il y avait le grand risque de dislocation de nos institutions, vu que l'islam est une loi rigide, incontournable et sévère. Elle oblige ses adhérents à porter toute leur vie un carcan et des œillères, afin de ne jamais avoir la tentation de transgresser les interdits se prolongeant même jusque dans le comportement à adopter dans ses W.C. personnels. Cet homme avoua que son livre qui dénonçait les différences destabilisatrices entre l'islam et les autres religions, pourrait le mettre au bénéfice d'une fatwa comme l'écrivain Rushdie.

Il critiqua fortement le laxisme et la mollesse de décision de notre ministre genevois Tornare qui se laissa manipuler par les musulmans concernant un endroit séparé et réservé à leurs morts dans nos cimetières. Il ajouta très justement qu'après la mort nous étions tous égaux et qu'il n'y avait aucune raison pour accorder des passe-droits aux musulmans, aux juifs, aux bouddhistes et autres rites étrangers dans un pays de droit.

Je dois dire qu'il avait raison et qu'à force de grignoter des lois par des exceptions, des passe-droits et de lâches compromissions, notre législation deviendra une passoire où tout sera permis. Preuve en est le culot de ces musulmans qui sont venus chez nous pour se faire aider de toutes sortes de manières (ce qui prouve que leur Coran est incapable de trouver certaines solutions) et qui, se basant sur leur nombre (leur force veut faire la loi) exigent l'abattage rituel de nos pauvres animaux qui les nourrissent eux aussi. Réveillez vous, distingués édiles élus par le peuple!

*Octopus*



Kanton Basel-Land: Abstimmung vom 3. März 2002: Ja zur SD-Initiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik»

## Gegen Auswüchse im Einbürgerungswesen

Am 3. März stimmen wir im Baselbiet über die Initiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» ab. Eine Hauptforderung des Begehrens ist die, dass vermehrt darauf geschaut werden muss, dass die einzubürgernden Ausländer unsere Sprache einigermassen verstehen und sprechen können. **Immer wieder stellt man fest, dass Leute eingebürgert werden, die unserer Sprache kaum mächtig sind.** Und das fördert die Eingliederung in unsere Gesellschaft kaum. Eigentlich sollte diese Forderung selbstverständlich sein, doch achten unsere Behörden viel zu wenig darauf. Wenn die Stimmenden dieser Initiative aber zustimmen, wird der politische Druck auf die Einbürgerungsbehörden zunehmen und es werden nur noch Leute eingebürgert, welche unsere Sprache, Sitten, Gebräuche und Kultur einigermassen verstehen und nachvollziehen können.

Leider passiert es – nicht nur im Baselbiet – immer wieder, **dass Leute, die nach eingehender Prüfung in einer Gemeinde als Einbürgerungskandidaten abgelehnt wer-**

**den, in einer andern Gemeinde eingebürgert werden, obwohl sie dort gar nicht wohnhaft und verwurzelt sind.** Einige Baselbieter Gemeinden haben sich regelrecht darauf spezialisiert, solche Leute einzubürgern. Diese Ausländer erhalten dann den roten Pass, man sieht sie aber kaum mehr in der

Einbürgerungsgemeinde. Das kann nicht der Sinn einer Einbürgerung sein. Mit der Streichung dieser Umgehungsmöglichkeit wird ein Missbrauch abgestellt, der schon zu vielen unschönen und fragwürdigen Einbürgerungen führte.

Nur wer wirklich integriert ist, ver-

dient es, unser Bürgerrecht zu erhalten. Dazu stehen auch wir Schweizer Demokraten. Missbräuche sind aber abzustellen. Und weil die Behörden dazu nicht bereit sind, wird Anfang März darüber abzustimmen sein.

*Rudolf Keller,*

*SD-Zentralpräsident, Frenkendorf*

## SD-Protest gegen multikulturelle Expo.02 und Illegale

Die Schweizer Demokraten sind empört gegen die Äusserung der Expo-Direktorin Nelly Wenger, die Expo.02 solle das grösste multikulturelle Fest der Schweiz werden. Die SD fühlen sich bestärkt in ihrer Ablehnung gegenüber der Expo, die von unseren berüchtigten «Unkulturschaffenden» (von Kulturschaffenden kann man bei den meisten der heutigen «Künstler» ja kaum reden) organisiert wird. Spätestens seit der Weltausstellung von Sevilla, wo unsere Unkulturschaffenden den Schweizer Pavillon mit ihrem Motto «La Suiza no existe» (die Schweiz existiert nicht) verhunzt hatten, müsste man wissen, dass unsere Unkulturschaffenden nichts anderes als üble Schweizerhasser sind, deren langfristiges Ziel die Zerstörung der Schweiz ist. Die Schweizer Demokraten sind auch empört über die neuste Schandtat der Illegalen und ihren schweizerischen pseudohumanen Kumpanen. Ein von den Behörden zur Verhaftung ausgeschriebener illegaler Einwanderer wurde aus der Haft befreit. Die SD fragen sich, wie lange es gehen wird, bis

diese Leute ihre Forderung nach globalen Aufenthalts-Bewilligungen für alle Illegalen mit der Waffe erzwingen versuchen. Man stelle sich vor: 300'000 Illegale erhalten eine Aufenthaltsbewilligung. Dadurch erhalten sie Anrecht auf Familiennachzug, was mindestens eine, viel eher aber eineinhalb Millionen oder mehr zusätzliche Einwanderer bedeuten würde. Die Horrorvision der Schweizer Demokraten, dass wir Schweizer in

absehbarer Zeit zur Minderheit im eigenen Land werden, wäre erreicht.

Zum Schluss noch eine Gratulation an die Erfinder des Ausdrucks Papierlose oder «Sans Papiers». Früher waren das ganz gewöhnliche illegale Einwanderer, aber «Sans Papier» tönt natürlich viel vornehmer.

*SD-Medienmitteilung vom*

*1. Februar 2002, Grossrat*

*Dr. D.J. Najman, SD-Presseschef*

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),

Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Zwei Mal Nein der Schweizer Demokraten

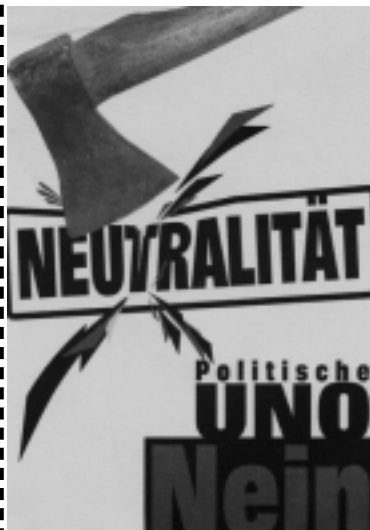
An ihrer Zentralvorstandssitzung vom 26. Januar 2002 in Bern haben die Schweizer Demokraten die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März gefasst. Nicht überraschend haben die SD einstimmig die Nein-Parole zur UNO-Beitritts-Initiative beschlossen. Die UNO ist weder mit der Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz noch mit unserer di-

rekten Demokratie vereinbar. Ebenso einstimmig wurde die Nein-Parole zur Initiative «für eine kürzere Arbeitszeit» beschlossen. Es würde ein Mangel an Arbeitskräften entstehen, der durch weitere Masseneinwanderung kompensiert werden müsste.

*SD-Medienmitteilung vom*

*26. Januar 2002, Dr. Dragan J.*

*Najman, Grossrat, SD-Presseschef*



### Bestellatalon «Nein zum UNO-Beitritt»

Im Hinblick auf die bevorstehende folgenschwere Abstimmung über den UNO-Vollbeitritt bieten die Schweizer Demokraten ab Mitte Januar 2002 folgende Unterlagen an, welche Sie bestellen können:

- \_\_\_\_\_ Ex. SD-Flugblätter gegen den UNO-Beitritt \_\_\_\_\_ gefalzt  
\_\_\_\_\_ ungefalzt
- \_\_\_\_\_ Ex. Zeitungen Schweizer Demokrat 2/02 (nur kleinere Mengen)
- \_\_\_\_\_ Ex. Aufkleber\*
- \_\_\_\_\_ Ex. Kleinplakate\*
- \_\_\_\_\_ Ex. Weltformatplakate\* (\*des Eidg. Komitees gegen den UNO-Beitritt)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch